

„From the river to the sea“

Israelbezogener Antisemitismus
in Bayern 2021



RIAS Bayern
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern



Impressum

Herausgeber:innen Verein für Aufklärung und Demokratie e. V. und dessen Projekt Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern), Postfach 33 08 42, 80068 München, Telefon 089 1222340 60, info@rias-bayern.de

München, 1. Auflage 2021

Diese Broschüre kann auf rias-bayern.de heruntergeladen und außerdem als Printexemplar bestellt werden. Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Wenn Sie den Bericht per Post zugeschickt bekommen möchten, bitten wir Sie um Erstattung der Portokosten.

V.i.S.d.P. ist Dr. Annette Seidel-Arpaci, Verein für Aufklärung und Demokratie e. V., Schellingstraße 109a, 80798 München

Konzept und Redaktion Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern), Felix Balandat, Nikolai Schreiter, Annette Seidel-Arpaci

Lektorat Alex Feuerherdt

Übersetzungen Hayder Al-Badrani, Alexander Steder

Druck Senser Druck GmbH

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) bzw. bei den uns bekannten Fotograf:innen.

Urheberrechtliche Hinweise © 2021

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber:innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber:innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an RIAS Bayern geschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber:innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.

INHALTSVERZEICHNIS

4

Einleitung

6

**Israelbezogener Antisemitismus
in Bayern im Mai/Juni 2021**

- 7 Einstufung als antisemitischer
Vorfall mit Israelbezug durch RIAS
- 8 Einordnung israelbezogener
antisemitischer Vorfälle

10

**Einschätzungen und Erfahrungen
bayerischer Jüdinnen und Juden**

22

**Was ist israelbezogener
Antisemitismus?**

- 23 Historisches und Theoretisches
- 26 Israel und Zionismus als antisemitische Feindbilder
- 28 Israelbezogener Antisemitismus von rechts
- 29 Arabischer und islamischer Antisemitismus mit Israelbezug
- 31 Linker und postmoderner israelbezogener Antisemitismus
- 33 Israelfeindlichkeit als milieuübergreifendes Phänomen

36

**Glossar:
Begriffe, Parolen und Symbole**

1. Einleitung



Im Mai 2021 kam es zu massiven Kampfhandlungen zwischen Israel und palästinensischen Terrororganisationen. Nachdem die Hamas aus Gaza Raketen auf Israel abgefeuert hatte, reagierte die israelische Luftwaffe mit Angriffen auf Ziele im Gazastreifen. Dem Raketenterror aus Gaza waren gewaltsame Ausschreitungen in Israel vorangegangen – verschiedene palästinensische Organisationen begehen jährlich den sogenannten Nakba-Tag, den Jahrestag der israelischen Staatsgründung am 14. Mai 1948, als antiisraelischen Aktionstag. Auch das Ende des Ramadan, das dieses Jahr ebenfalls auf Mitte Mai fiel, ist immer wieder, insbesondere in der Jerusalemer Altstadt, ein aufgeladenes Ereignis. Unter dem Schlagwort „Tiktak-Intifada“ hatte sich Gewalt von arabischen Gruppen gegen jüdische Israelis entfesselt, vielfach filmten die Angreifer oder Gleichgesinnte die Attacken und verbreiteten sie in den sozialen Netzwerken. Auch griffen jüdische Gruppen arabische Israelis an. Bald folgten weltweit antiisraelische Versammlungen.

Auch in Bayern wurden, wie schon während des Gaza-Krieges im Sommer 2014, zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen mit Bezug zum „Nahostkonflikt“ durchgeführt. Bei allen Versammlungen, die die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern beobachten konnte, waren antisemitische Inhalte festzustellen. Auch abseits des Versammlungsgeschehens häuften sich antisemitische Vorfälle, die mit den Geschehnissen in Israel und den palästinensischen Gebieten zusammen hingen. RIAS Bayern sind 34 antisemitische Vorfälle mit einem solchen Bezug bekannt geworden. 22 davon ereigneten sich im Rahmen von Versammlungen.

Mussten kurz zuvor noch im besonderen Maße antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Coronapandemie¹ dokumentiert werden, stand ab Mitte Mai nun Israel im Fokus. Der Antisemitismus zeigte sich einmal mehr als wandelbares Phänomen, das an aktuelle politische Entwicklungen anknüpft und sich in verschiedensten politischen und weltanschaulichen Milieus artikuliert.

Dass Antisemitismus nie weit ist, wenn Israel im Fokus der Weltöffentlichkeit steht, ist nicht überraschend. Denn der israelbezogene Antisemitismus ist eine der gesellschaftlich weniger geächteten und somit attraktiveren Ausdrucksformen des Antisemitismus nach der Schoah.

In der vorliegenden Broschüre informiert RIAS Bayern über antisemitische Vorfälle zwischen dem 11. Mai und 11. Juni 2021, die im Bezug zu den Geschehnissen in Israel im Mai 2021 standen. Die Veröffentlichung geht der Frage nach, was israelbezogener Antisemitismus ist, und ordnet in einem Glossar Begriffe, Parolen und Symbole ein, die im Kontext der Kundgebungen dokumentiert wurden. In einem eigenen Kapitel beschreiben bayerische Jüdinnen und Juden, wie sie die antiisraelischen Versammlungen einschätzen und welche Erfahrungen sie während der jüngsten Welle antiisraelischer Agitation machen mussten. ▼

1 RIAS Bayern hat hierzu die Broschüre „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona veröffentlicht: https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungsdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf

2. Israelbezogener Antisemitismus in Bayern in Zahlen



2.1 Einstufung als antisemitischer Vorfall mit Israelbezug durch RIAS

RIAS hat für die konkrete Erfassung antisemitischer Vorfälle die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) wie folgt operationalisiert:

Der Antisemitismus beschreibt gesellschaftlich tradierte Wahrnehmungen eines als fremd konstruierten jüdischen Kollektivs. Die Wirkmächtigkeit dieser Fiktionen zeigt sich in der Verbreitung antisemitischer Einstellungen in öffentlichen Debatten und kann sich als Hass gegenüber Jüdinnen/Juden ausdrücken. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Jüdinnen/Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.²

Der israelbezogene Antisemitismus, eine von fünf Formen des Antisemitismus, die RIAS unterscheidet, wird dabei wie folgt charakterisiert:

- Der Vorwurf gegenüber Jüdinnen und Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches/koloniales Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik des Nationalsozialismus.
- Das Bestreben, Juden und Jüdinnen kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.

² <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/>, unter Arbeitsweisen, Arbeitsdefinition Antisemitismus

Werden solche Inhalte festgestellt, nimmt RIAS die betreffende Äußerung als antisemitischen Vorfall mit Israelbezug auf. Dabei können in einem Vorfall mehrere Formen des Antisemitismus enthalten sein. Werden auf einer öffentlichen Versammlung, etwa einer Kundgebung oder Demonstration, oder bei einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung entsprechende Inhalte in Reden, Schriften oder Bildern, auf Kleidungsstücken, in Aufrufftexten, in Parolen oder Ähnlichem geäußert, dann wird die Versammlung als antisemitischer Vorfall aufgenommen, auch wenn mehrere unterschiedliche antisemitische Inhalte dokumentiert wurden. Bei den 22 als antisemitische Vorfälle dokumentierten Versammlungen im Mai und Juni 2021 in Bayern war dies fast immer der Fall. ▼

2.2 Einordnung israelbezogener antisemitischer Vorfälle in Bayern im Mai/Juni 2021

RIAS Bayern sind zwischen dem 11. Mai und dem 11. Juni 2021 insgesamt 34 antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Ereignissen in Israel bekannt geworden. 22 davon ereigneten sich im Rahmen von Versammlungen.

Neben den Versammlungen wurden eine gezielte Sachbeschädigung, eine Bedrohung, neun Fälle von verletzendem Verhalten und eine Massenzuschrift dokumentiert.

16 Vorfälle ereigneten sich auf der Straße, acht in öffentlichen Grünanlagen, fünf im Internet und zwei im Wohnumfeld. Jeweils ein Vorfall ereignete sich im ÖPNV, in einem öffentlichen Gebäude und in einem Stadion.

21 der 34 Vorfälle sind dem antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen. Hierbei handelt es sich um politische Auffassungen und Handlungen, Personen oder Gruppen, bei denen die israel-feindliche Motivation eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt.

Drei Vorfälle sind dem links-antiimperialistischen Spektrum zuzurechnen. Als links/anti-imperialistisch werden Gruppen oder Personen bzw. Positionen bezeichnet, bei denen das Vertreten linker Werte und eine weltanschauliche Selbstverortung mit einer binären Weltsicht und einer häufig befreiungsnationalistischen Imperialismuskritik einhergeht.

Ein Vorfall hat einen islamischen bzw. islamistischen Hintergrund. Als islamisch/islamistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Ein Vorfall hat einen verschwörungsideologischen Hintergrund. Hierbei handelt es sich um politische Auffassungen und Handlungen, Personen oder Gruppen, bei denen die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmithen im Vordergrund steht.

Bei acht Vorfällen kann ein spezifischer politischer Hintergrund auf Grundlage der vorliegenden Informationen nicht zugeordnet werden.

Neben der Klassifizierung als israelbezogener Antisemitismus wurden bei den dokumentierten Vorfällen auch weitere Formen des Antisemitismus festgestellt. So spielte in 18 Fällen der Post-Schoah-Antisemitismus eine Rolle. Hierbei findet eine antisemitische Bezugnahme auf die Schoah statt, beispielsweise durch die Ablehnung der Erinnerung an sie. Auch antisemitische Formen der NS-Verherrlichung zählen dazu.

Vier der 34 Vorfälle wurden zusätzlich als moderner Antisemitismus klassifiziert. Moderner Antisemitismus liegt beispielsweise vor, wenn Jüdinnen und Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben wird, z. B. in Verschwörungserzählungen.

Zwei Vorfälle wurden zusätzlich als antisemitisches Othering klassifiziert. Othering liegt vor, wenn Jüdinnen und Juden als fremd bzw. nicht dazugehörig beschrieben werden.

Antijudaistischer Antisemitismus wurde neunmal festgestellt. Antijudaistische Topoi sind religiös begründete antisemitische Aussagen, bspw. wenn Juden für den Tod Jesu verantwortlich gemacht werden.

In zehn Fällen waren insgesamt mindestens 18 Einzelpersonen betroffen. In zwei Fällen waren Institutionen betroffen. Bei den 22 Versammlungen, die als antisemitische Vorfälle eingestuft wurden, gab es keine direkt Betroffenen. ▼

3. Einschätzungen und Erfahrungen bayerischer Jüdinnen und Juden

Jedes Mal, wenn es im Nahen Osten zu Kampfhandlungen mit israelischer Beteiligung kommt, hat dies konkrete Auswirkungen auf das Leben von Jüdinnen und Juden, auch in Bayern. Sie werden oft für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht oder dazu gedrängt, „Stellung zu beziehen“. Antiisraelische Mobilisierung in den Medien oder auf Kundgebungen verschärft die ohnehin angespannte Sicherheitslage jüdischer Gemeinden. An dieser Stelle berichten bayerische Jüdinnen und Juden, wie sie die antiisraelischen Ereignisse im Mai und Juni 2021 wahrgenommen haben und welche Strategien im Kampf gegen israelbezogenen Antisemitismus umgesetzt werden sollten. Auch Sandra Simovich, zum Zeitpunkt der antiisraelischen Kundgebungen israelische Generalkonsulin, beschreibt ihre Erfahrungen.³

³ Die Beiträge sind Meinungsäußerungen der jeweiligen Autor:innen und stellen nicht notwendigerweise die Positionen von RIAS Bayern dar.



Dr. Josef Schuster ist Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern.

Stellen Sie sich einmal folgende Situation vor: Im Kreis von Freunden kommt das Gespräch auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Manch einer wird eine Meinung dazu haben, andere werden vielleicht zugeben, dass sie keine aktuellen Infos darüber haben oder die Lage dort nicht wirklich einschätzen können. Ganz anders verläuft die Diskussion, wenn es um den Nahostkonflikt geht. Zu Israel gibt jeder ohne Zögern eine Meinung ab. Und ob politisch eher links oder eher konservativ – meistens wird Israel ganz klar als der Schuldige im Konflikt ausgemacht. Und schnell fallen Begriffe wie „Besatzer“, „Apartheid“ oder Vergleiche des Gazastreifens mit dem Warschauer Getto werden gezogen.

In einem besorgniserregenden Ausmaß hat sich in Deutschland eine ablehnende Haltung gegenüber Israel breitgemacht, die häufig nichts anderes ist als verkappter Antisemitismus. Besonders beunruhigend ist dabei die Tatsache, dass die Menschen, die ihre überzogene Kritik an Israel äußern, ihren eigenen Antisemitismus gar nicht bemerken und den Vorwurf, sie äußerten sich antisemitisch, mit Empörung von sich weisen.

Dabei finden sich zwei Formen des Antisemitismus bezogen auf Israel immer wieder: Zum einen ein Schuldabwehr-Antisemitismus. Es ist zu spüren, dass nichtjüdische Deutsche sich häufig fast danach zu sehnen scheinen, dass man als Nachkomme der Täter den Nachkommen der Opfer endlich auch einmal Fehler vorhalten kann. So werden palästinensisch-arabische Terrorgruppen wie Hamas und Hisbollah ausgeblendet, stattdessen werden die israelische Siedlungspolitik oder Einsätze der israelischen Armee als konfliktverschärfend oder -verursachend wahrgenommen. Israel wird der Bruch des Völkerrechts oder von UN-Konventionen vorgeworfen. Attentate von Palästinensern werden hingegen häufig fast entschuldigt. Seht, die Juden sind auch nicht besser als wir – diese Botschaft steckt häufig in Kritik von deutscher Seite.

Israel wird gesagt und Juden sind gemeint. Das gilt auch für die zweite Form des israel-bezogenen Antisemitismus. Dabei wird die Politik Israels als Vorwand genommen, um gegen Juden überall auf der Welt zu hetzen. In jüngster Zeit haben wir das in Deutschland im Frühjahr 2021 beobachtet. Zahlreiche, vor allem arabischstämmige Menschen gingen auf die Straßen und demonstrierten gegen Israel. Sie riefen dabei judenfeindliche Parolen und verbrannten israelische Flaggen vor Synagogen.

Hier ist der Antisemitismus unübersehbar und wird auch schnell in der Öffentlichkeit einhellig verurteilt.

Doch wenn im Unterricht über Israel gesprochen wird und ein Schüler es wagt, für Israel Partei zu ergreifen und die einseitige Darstellung im Schulbuch kritisiert – was die wenigsten tun, weil ihnen die Kenntnisse fehlen –, dann muss dieser Schüler damit rechnen, Lehrer und Mitschüler gegen sich zu haben. Dann steht er meistens ganz alleine da.

Auch in einigen kirchlichen Gruppen hat sich eine einseitige und ablehnende Haltung gegenüber Israel etabliert. Auch hier sehen sich Menschen, die darauf hinweisen, dass Attentate der Hamas Auslöser für einen israelischen Armee-Einsatz waren, schnell einer geschlossenen Phalanx von sogenannten Israel-Kritikern gegenüber. Gerade in kirchlichen Gruppen stehen diese Israel-Kritiker häufig der BDS-Bewegung nahe.

Es hat seine Berechtigung, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu bezeichnen, wie es der Bundestag in seiner Resolution getan hat. Denn was sich unter dem Label „Boycott, Divestments and Sanctions“ abspielt, hat mit einer sachlich-kritischen und politisch legitimen Protestbewegung nicht mehr viel zu tun. Wenn die EU aufgerufen wird, israelische Forschungsprojekte nicht mehr zu fördern, oder wenn Künstler aufgefordert werden, an einem Festival nicht teilzunehmen, weil Israel es sponsert, dann ist dies eine pauschale Ablehnung Israels. Ebenso plädiert BDS für ein Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen – sie sind die einzige Gruppe, in der sich der Flüchtlingsstatus vererbt. Dies würde de facto das Ende des jüdischen Staates bedeuten. BDS trägt also mitnichten zu einer konstruktiven Lösung des Nahostkonflikts bei, sondern schürt eine israelfeindliche Stimmung und damit Antisemitismus.

Bei vielen Bürgern in Deutschland spüre ich inzwischen eine Verunsicherung. Was ist legitime Kritik an Israel, was ist Antisemitismus? Manchmal wird der Vorwurf laut, „man dürfe gar nichts mehr gegen Israel sagen“. Sicherlich gibt es Menschen, die sich ernsthaft um eine Differenzierung bemühen. Viel häufiger aber habe ich den Eindruck, dass den meisten im Grunde ihres Herzens bewusst ist, dass sie über das Ziel hinausschießen. Schon allein wenn sie sich ehrlich fragten, warum sie ausgerechnet bei Israel so extrem kritisch sind und sich ständig zu dem Land äußern, zu anderen Staaten aber nicht –, müsste ihnen auffallen, dass dies viel mit ihrer Einstellung zu Juden zu tun hat.

Ein wichtiger und notwendiger Schritt, um gegen diesen verkappten Antisemitismus vorzugehen, ist die Implementierung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Der bayerische Antisemitismus-Beauftragte Ludwig Spaenle hat dies auf vielen Ebenen im Freistaat vorangetrieben. Jetzt brauchen wir Fortbildungen für Polizisten und im Öffentlichen Dienst, in der Justiz, in Vereinen und bei Multiplikatoren, damit in den Köpfen ankommt, was die IHRA-Definition eigentlich bedeutet.

Broschüren wie die vorliegende von RIAS Bayern sind ein wertvoller Baustein für Aufklärung und Fortbildung. Ich wünsche der Publikation viele Leser und bin zuversichtlich, dass wir mit vereinten Kräften auch den israelbezogenen Antisemitismus erheblich zurückdrängen können! ▼

*„Broschüren wie die vorliegende
von RIAS Bayern sind ein
wertvoller Baustein für Aufklärung
und Fortbildung.“*

– Dr. Josef Schuster

Alexandra Dratva lebt als Lehrerin in München.
Sie ist Vorstandsmitglied des Vereins für Aufklärung
und Demokratie e. V. (VAD), Träger von RIAS Bayern.

Brennende Israelflaggen, „Kindermörder Israel“-Rufe und Landkarten, auf denen „Palästina“ zu lesen ist und Israel nicht mehr existiert – all das gab es schon 2014 und ebenso wieder im Frühling 2021. Als ich das erste Mal von den Vorgängen um das Jerusalemer Stadtviertel Sheikh Jarrah hörte, wusste ich, dass die jüdische Community in Deutschland wieder für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht wird, egal ob man 12, 17 oder 40 Jahre alt ist. Es spielt auch keine Rolle, welchen Bezug man selbst zu Israel hat.

Da saß ich also und las englischsprachige oder hebräische Artikel, um mir eine fundierte Meinung zur Situation bilden zu können. Ein Mechanismus, den ich übrigens 2014 noch nicht besaß. Nachdem ich sowohl in meiner Schule einige Kolleg:innen darüber informierte, was ich gestern erst gelesen hatte, als auch nichtjüdische Freunde, ärgerte ich mich über mich selbst, dass ich mich wieder in diese blöde Rolle begeben hatte.

Einige Tage später sah ich jedoch Aufnahmen aus Gelsenkirchen, in denen Menschen „Scheiß Juden“ vor der Synagoge riefen, und verstand, dass ich etwas tun musste. Ich konnte nicht wegschauen und ignorieren, was wieder auf den Straßen vor sich ging. Es gab mehr Polizeipräsenz auf den Demonstrationen, als ich erwartet hatte, dennoch kam es zu Entgleisungen wie 2014. Besonders aufgefallen und erstaunt hatte mich die Tatsache, dass mehr junge und aktivistische Menschen an den Demonstrationen teilnahmen. Dies wurde auch daran deutlich, dass es Überschneidungen zwischen „Fridays for Future“- und „Black Lives Matter“-Aktivist:innen gab und auch auf Plakaten Parolen wie „We can't breathe since 1948“ zu lesen waren.

Eine besonders einprägende Erfahrung war für mich die Beobachtung einer antiisraelischen Demonstration. Diese wütende Stimmung, die unter den Demonstrant:innen vorherrschte, erschreckte mich. Vor allem die Tatsache, dass ich womöglich tagtäglich mit Menschen, die sich meinen Tod wünschen, gemeinsam einkaufen gehe, U-Bahn fahre oder auch vielleicht ihre Kinder unterrichte, beschäftigte mich ununterbrochen.

Ich fragte mich, wie es um die Sicherheit der israelischen Einrichtungen, Cafés oder Restaurants steht. Gibt es hier Polizeipräsenz? Wer beschützt sie vor eventuellen Übergriffen? Wie geht es anderen jüdischen Menschen in München? Gibt es Unterschiede zu anderen Städten?

Ich sprach viel mit Freunden und meiner Familie in Norddeutschland. Es ging eine Welle der Unsicherheit durch die jüdische Gesellschaft, man hielt stärker zusammen, man sprach mehr untereinander, und es schlichen sich auch bei Familienmitgliedern teilweise Phrasen oder Gedanken ein, die man lange nicht ausgesprochen hatte: „Was, wenn...“

In Newslettern der jüdischen Gemeinde wurde über die antiisraelischen Veranstaltungen informiert. Es wurde auch geraten, die Orte der Kundgebungen und Demonstrationen zu meiden. Wahrscheinlich gab es das auch bei früheren Anlässen, trotzdem hatte ich ein sehr mulmiges Gefühl dabei, zu dieser Zeit einen bestimmten Ort meiden zu müssen.

Ein Phänomen, das nie verschwindet: Jeder Mensch hat eine Meinung zum Nahostkonflikt. Geht es um den Krieg in Syrien, die Situation der Uiguren in China oder auch die Entführungen von Kindern in Nigeria, besteht kaum Interesse. Kaum jemand spricht mit mir im Freundeskreis oder im Kollegium über diese Vorkommnisse. Schon gar nicht habe ich mitbekommen, dass sich jemand auf der Straße für die Menschenrechte der Betroffenen einsetzt. Kaum Interaktion auf Social Media, kaum Berichte in den Nachrichten. Geht es aber um die Situation in Israel, hat jeder eine klare Meinung: „Die Siedlungen sind unrechtmäßig!“

Sobald ich jedoch etwas näher nachfrage, kann mir kaum jemand eine Antwort geben, der Großteil weiß unter Umständen nicht einmal, wo das Westjordanland liegt. Oft kommen hier bloße Meinungen hervor, die nicht begründet werden können. Ein weiteres Phänomen ist die Tatsache, dass es so wirkt, als gäbe es nur eine „richtige“ Seite. Entweder du stehst für das Land Israel und sein Existenzrecht ein, oder du kämpfst dagegen an und setzt dich für Menschenrechte ein. Das halte ich für gefährlich.

Erfreulicherweise haben Kinder hierzu eine andere Einstellung, die es beizubehalten gilt. Mit meiner vierten Klasse schauen wir regelmäßig die Logo-Nachrichten des TV-Kinderkanals Kika. Hier kann man Bezugnehmend auf die aktuellen Ereignisse in der Welt verschiedenste Themen ansprechen und gemeinsam diskutieren. Ich hatte befürchtet, dass wir viel Zeit benötigen würden, um Schüler:innen über Falschinformationen über Israel aufzuklären. Das Gegenteil war der Fall! Es gab einige Äußerungen zum Thema, jedoch ausschließlich in die Richtung, dass den Menschen zuliebe möglich schnell eine gewaltfreie Lösung gefunden werden muss.

Lehrer:innen müssen aktuelle Themen in der Schule besprechen, auch wenn es unangenehm wird. Nur so können wir dafür sorgen, dass Schüler:innen mit antiisraelischen Meinungen diese ändern können. Unabhängig davon, ob sie diese zuhause oder in sozialen Netzwerken gebildet haben, braucht es in der Schule einen Ort, um sich austauschen und auch korrigieren zu können. Dafür muss die Ausbildung der Lehrer:innen einen Fokus auf die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus legen, damit wir gemeinsam Antisemitismus benennen und bekämpfen können. ▼



Sandra Simovich war von 2017 bis 2021 Generalkonsulin des Staates Israel in München, zuständig für die südlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland.

Die heftigen Reaktionen auf den Konflikt im Nahen Osten im Mai dieses Jahres haben bei uns Israelis und natürlich bei Jüdinnen und Juden in Deutschland ein Gefühl potenzieller Bedrohung ausgelöst. Wir mussten erleben, wie der Antisemitismus in Deutschland neuen Aufwind erfuhr und ganz öffentlich vieles sagbar zu sein schien, was lange Zeit als undenkbar galt.

Das Generalkonsulat erhielt in dieser Zeit hunderte Hassnachrichten über unsere Kanäle in den Sozialen Medien, man forderte unseren Tod und rief zur Gewalt gegen Israelis und jüdische Menschen weltweit auf. Insbesondere in den anonymen Weiten des Internets meinen viele, sie könnten ungeniert antisemitische Hetzparolen verbreiten und offen drohen. Vor einer Strafverfolgung scheint sich hier kaum jemand zu fürchten.

Auf deutschen Straßen, bei den sogenannten Solidaritätsbekundungen für Palästina, skandierten man in aller Öffentlichkeit und weitestgehend unbehelligt „Scheiß Juden“ oder „Kindermörder Israel“ und forderte die Vernichtung Israels. Dies ist keine legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung. Es ist blanker Hass gegen die israelische Bevölkerung; die Menschen, das Land, alle Juden und alles Jüdische. Die Situation in Israel hat nichts mit den jüdischen Gemeinden hier in Deutschland zu tun. Egal was in Israel passiert, es ist niemals eine Entschuldigung für Antisemitismus auf deutschen Straßen, nie ein Grund für aggressive Äußerungen oder Taten gegen die jüdische Nachbarin, den jüdischen Arbeitskollegen oder Mitschüler. Das darf nicht hingenommen werden, und es muss einen öffentlichen Aufschrei in der gesamten deutschen Gesellschaft geben.

Als israelisches Generalkonsulat suchen wir gezielt den Austausch mit jungen Menschen und gehen dafür an Schulen oder halten gemeinsame virtuelle Gesprächsrunden ab.

In jüngster Zeit kam es bei diesen Treffen vermehrt vor, dass die Frage gestellt wurde, ob der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust verglichen werden könne. Nicht wenige Schüler und Schülerinnen lassen keinen Zweifel daran, dass sie Israel als den alleinigen Aggressor im Konflikt mit den Palästinensern und anderen arabischen Staaten ansehen. So wird Israel bezichtigt, einen Völkermord an den Palästinensern zu begehen, ebenso wie die Nationalsozialisten einen Genozid an den europäischen Juden begingen. Für Israelis ist dieser Vergleich eine Schockerfahrung, vor allem da der/die Fragende oftmals gar nicht weiß, was der

Begriff Holocaust bezeichnet. Das ist gleichermaßen enttäuschend wie tief verletzend. Auf die Nachfrage, ob man denn wisse, was während des Holocausts geschehen sei, antwortete eine Schülerin, dass Juden „ausgegrenzt wurden“. Wenn Deutsche offenbaren, dass sie unwissend und/oder uninteressiert an der Geschichte des Völkermordes an den europäischen Juden sind, so kommt dies für viele Israelis einer Diffamierung der Ermordeten gleich.

Oft muss bei den Gesprächen erklärt werden, dass der Vergleich und die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem nationalsozialistischen Genozid an den europäischen Juden die Schuld Deutschlands am Holocaust relativiert. Bei einem Gespräch führte diese Erklärung dazu, dass eine Schülerin sich für ihre Frage, wie der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust zu vergleichen sei, entschuldigte. Es geht aber nicht darum, dass sie diese Frage stellte, sondern darum, warum sie diese Frage stellte.

Der Austausch mit jungen Leuten zeigt, dass das Interesse an Israel zwar sehr groß ist. Aber meist sind wir als Vertreter und Vertreterinnen des Generalkonsulats bei den Fragerunden vorwiegend damit beschäftigt, die Vorurteile gegenüber Israel zu widerlegen. Oft kommen wir gar nicht dazu, über das reale Israel zu sprechen: die Diversität der israelischen Bevölkerung (zu der auch 21 % arabische Israelis gehören), die innovative wirtschaftliche Entwicklung, die vielschichtige und reiche Kulturlandschaft oder auch die erfolgreichen Friedensinitiativen, wie den Friedensschluss mit Ägypten, Jordanien oder erst kürzlich mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Israelis haben das Gefühl, dass ihr Land und seine Menschen jenseits des Konflikts unsichtbar und ungehört bleiben.

Als israelisches Generalkonsulat in Süddeutschland sehen wir uns als aktiver Teil der Gesellschaft und möchten gemeinsam mit unseren Partnern Wissen vermitteln und so gegen Antisemitismus und Israelhass angehen. Denn es geht uns alle an, und gemeinsam sind wir stärker. ▼



▲ Collage antisemitischer Nachrichten an das israelische Generalkonsulat in München



Michael Movchin ist Aktivist und seit Dezember 2019 Vorsitzender des Verbands Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB), dessen Vorstand er seit Dezember 2017 angehört. Er lebt in München.

Anschläge auf Synagogen, brennende Israelflaggen, Übergriffe auf offener Straße, Rufe wie „Tötet die Juden“, Hassbotschaften im Netz und Drohmails – antisemitische Vorfälle haben auch in Bayern deutlich zugenommen. Nachdem der bayerische Ministerpräsident auf Facebook erklärt hatte, dass man fest an der Seite der Israelis stehe, widersprachen zahlreiche Nutzer heftig. In den Postings war zum Beispiel vom „Terrorstaat Israel“ die Rede. Unter anderem wurde die israelische Politik mit dem Holocaust gleichgesetzt und das Existenzrecht Israels in Frage gestellt.

Oft greifen die Kommentierenden uns Jüdinnen und Juden sowie unsere Religion direkt an. Das Generalkonsulat des Staates Israel erhielt über die sozialen Netzwerke sogar eine Nachricht, in der die Ermordung von Jüdinnen und Juden angekündigt wurde.

Manche machen sich Sorgen darüber, ob wir in diesem Land weiterhin sicher sind. Diese Sorge kann ich leider nachvollziehen. Schlimm genug ist es schon, dass Jüdinnen und Juden sich diese Frage überhaupt stellen. Wir werden für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht. Es reicht schon, zum „falschen“ Zeitpunkt ein Urlaubsfoto aus Israel zu veröffentlichen, um öffentliche und hasserfüllte Kommentare über sich ergehen lassen zu müssen.

Doch insbesondere, wenn man öffentlich Position gegen Antisemitismus bezieht oder sich solidarisch mit Israel zeigt, erhält man immer wieder Hassnachrichten. Wenige Minuten nach der Ausstrahlung eines Beitrags von „Report München“ über zunehmende Angriffe auf jüdische Bürgerinnen und Bürger fand ich eine Nachricht in meinem privaten Mailpostfach. Dort schrieb der Urheber unter anderem: „Wir wollen euch Juden hier [...] nicht.“ Aufgrund solcher Vorfälle trauen sich manche Jüdinnen und Juden nicht, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Manche antisemitischen Hetzer teilen Kontaktdaten jüdischer Bürgerinnen und Bürger im Internet, um sie weiteren Angriffen auszusetzen.

Die Situation im Nahen Osten ist für viele dieser Täter nur ein Anlass, um hier ihren Hass auf Juden auszuleben. Wer behauptet, gegen israelische Militäreinsätze protestieren zu wollen und sich dafür vor eine Synagoge stellt oder Jüdinnen und Juden angeht, zeigt vor allem eins: dass er ein Antisemit ist! Ist in diesem Kontext die verfassungsrechtlich geschützte, freie Religionsausübung weiterhin möglich?

Zahlreiche Politiker haben schärfere Gesetze gegen antisemitische Übergriffe und verbale Hasstiraden gefordert. Diesen Forderungen müssen entschiedene Taten und Beschlüsse folgen, denn bloße Forderungen reichen nicht mehr aus. Der Deutsche Bundestag hat am 18. Juni 2021 einen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität beschlossen. Die Anbieter der großen sozialen Netzwerke sind nun verpflichtet, strafbare Inhalte zu melden. Beim Bundeskriminalamt ist eine neue Stelle für die Ahndung eingerichtet. Beleidigungen, üble Nachrede sowie Verleumdung gegen kommunale Mandatsträger und Mandatsträgerinnen werden nun schärfer sanktioniert. Doch bei bestimmten volksverhetzenden Beleidigungen sind auch die Gerichte bislang machtlos. Diese Lücke im Strafrecht soll bald geschlossen werden. Die Politik hat auch darüber hinaus noch viel zu tun: Den zahlreichen Forderungen müssen klare Beschlüsse folgen. ▼

„Doch insbesondere, wenn man öffentlich Position gegen Antisemitismus bezieht oder sich solidarisch mit Israel zeigt, erhält man immer wieder Hassnachrichten.“

– Michael Movchin

Ilse Danziger ist Vorsitzende,
Dorina Kuzenko Sozialberaterin der
Jüdischen Gemeinde Regensburg.

Das Judentum ist in Israel entstanden. Unsere heiligen Bücher sind in Hebräisch geschrieben. 45 Prozent aller Juden leben in Israel. Wir rufen uns „Nächstes Jahr in Jerusalem“ zu und beten: „Wenn ich deiner vergesse, oh Jerusalem, so möge mir die rechte Hand verdorren.“ Unsere Bindungen zu Israel sind sehr eng, unsere Beziehungen sind unverbrüchlich. „Der Kompass unserer Herzen zeigt immer nach Jerusalem.“ (Schalom Ben Chorin)

Andererseits liegt unsere jüdische Gemeinde in Regensburg, in Bayern, in Deutschland. Wir sind deutsche Juden. Keine Israelis. Unsere Mitglieder sind deutsche Staatsbürger. Wir sind kein Teil des Staates Israel.

Aber: Wir werden in Haftung genommen für die Politik einer Regierung in Israel, die wir nicht wählen konnten. Der Zentralrat der Juden in Deutschland bekommt hasserfüllte Nachrichten, viele Medien und Politiker verharmlosen die Angriffe der Hamas – und die Situation in Deutschland. Auch wir in der Gemeinde werden meist mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert. Erschreckend viele Antisemiten kriechen aus ihren Löchern. Antisemiten vom linken Rand, von rechtsextremer Seite, aus muslimischen Kreisen und aus der scheinheiligen bürgerlichen Mitte – die „ehrbaren Antisemiten“, wie sie Jean Améry so treffend bezeichnet hatte.

Die Grenze zwischen erlaubter Israelkritik und Antisemitismus ist fließend und schwammig. Antisemitismus versteckt sich hinter Antizionismus. Wenn Israelkritik antisemitisch wird, wenn Doppelmoral angewendet wird, wenn doppelte Standards gegenüber Israel gelten, wenn Israel delegitimiert und dämonisiert wird, dann wird auch für uns in den jüdischen Gemeinden höchste Zeit, dass wir uns einreihen in den gemeinsamen Kampf aller Menschen in der Zivilgesellschaft, die guten Willens sind. Gemeinsam den Antisemitismus, die Judenfeindschaft, in die Schranken weisen!

Dr. Martin Luther King – der große Held und Kämpfer für die Befreiung und Gleichberechtigung der Afro-Amerikaner in den USA – erkannte schon treffend, dass Antizionismus nichts anderes ist als Antisemitismus. Seinen Worten können wir nur zustimmen:

„Ich sehe Israel als einen der wunderbaren Vorposten der Demokratie in der Welt, als ein großartiges Beispiel dessen, was erreicht werden kann, wie die Wüste in eine Oase der Bruderschaft und Demokratie verwandelt werden kann.“

Hoffen wir in Regensburg, in Bayern und überall auf Solidarität der Zivilgesellschaft im gemeinsamen Kampf gegen jede Form von Antisemitismus! ▼

*„Wenn Israelkritik antisemitisch
wird, wenn Doppelmoral
angewendet wird, wenn doppelte
Standards gegenüber Israel
gelten, wenn Israel delegitimiert
und dämonisiert wird, dann
wird auch für uns in den
jüdischen Gemeinden höchste
Zeit, dass wir uns einreihen in
den gemeinsamen Kampf aller
Menschen in der Zivilgesellschaft,
die guten Willens sind.
Gemeinsam den Antisemitismus,
die Judenfeindschaft, in die
Schranken weisen!“*

– Ilse Danziger & Dorina Kuzenko

4. Was ist israelbezogener Antisemitismus?



4.1 Historisches und Theoretisches

Die antisemitische Ablehnung des 1948 gegründeten jüdischen Staates ist älter als Israel selbst. Der NS-Ideologe Alfred Rosenberg formulierte bereits 1922 in *Der staatsfeindliche Zionismus* eines der zentralen Motive des Antizionismus: „Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.“⁴ Und auch Adolf Hitler sagte, ‚der Jude‘ könnte „mangels eigener produktiver Fähigkeiten einen Staatsbau räumlich empfundener Art nicht durchführen“, weil er „als Unterlage seiner eigenen Existenz die Arbeit und schöpferischen Tätigkeiten anderer Nationen“ brauche. So sei die „Existenz des Juden selbst [...] parasitär“. Klassisch antisemitisch geht es weiter: „Das letzte Ziel des jüdischen Lebenskampfes“, wozu Hitler den Zionismus zählt, „ist dabei die Versklavung produktiv tätiger Völker“.⁵ Hier deutet sich die auch heute noch gängige Sichtweise auf den sogenannten Nahostkonflikt an, der zufolge ‚die Zionisten‘ → *Landraub* betrieben und die arabische Bevölkerung kolonialisiert und unterjocht hätten.

Die Idee des Zionismus als jüdische Nationalbewegung entstand Ende des 19. Jahrhunderts, insbesondere die Arbeiten von Theodor Herzl, Wladimir Zeev Jabotinski und früher noch Moses Hess sind damit verbunden. Bei allen religiösen, politischen und weltanschaulichen Unterschieden befürworteten sämtliche zionistischen Bewegungen einen jüdischen Staat. Aus historischen und religiösen Gründen kam für die Mehrheit der Zionist:innen nur Palästina als Ort des aufzubauenden Staates in Frage. Ein solcher jüdischer Souverän ist eine Antwort auf den Antisemitismus und die jahrhundertelange Verfolgung von Juden und Jüdinnen in Europa. Diese sind in einem jüdischen Staat nicht mehr der Willkür der Staaten und Herrscher ausgesetzt, von denen sie häufig nicht nur nicht vor dem auch in der Bevölkerung weit verbreiteten Antisemitismus geschützt, sondern sogar aktiv verfolgt wurden.

Der heutige jüdische und demokratische Staat Israel setzte diesem Zustand ein Ende, und seine Schutzfunktion ist der Grund dafür, dass Juden und Jüdinnen weltweit jederzeit das Recht haben, nach Israel einzuwandern. Dies hat nicht nur den etwa 750.000 Juden und Jüdinnen das Leben gerettet, die in den 1940er und 1950er Jahren in vor allem arabischen Ländern verfolgt wurden, und nicht nur den zehntausenden äthiopischen Jüdinnen und Juden, die in den 1980er Jahren in geheimen israelischen Militäraktionen aus dem Sudan ausgeflogen wurden. Sondern es ist für viele Juden und Jüdinnen weltweit bis heute eine Gewissheit, die auch das Leben in der Diaspora in relativer Sicherheit erst möglich macht.

Wer über Israel spricht, insbesondere außerhalb Israels, muss sich dieser Eigenschaft des jüdischen Staates bewusst sein. Wird Israel kritisiert, steht immer auch dieser Schutz vor dem Antisemitismus in der Kritik – ganz gleich, ob die Aussagen konkret antisemitisch sind oder

4 Alfred Rosenberg: *Der staatsfeindliche Zionismus*, München (Zentralverlag der NSDAP) 1943 [1922], S. 86.

5 Adolf Hitler: *Hitlers zweites Buch*, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1961, S. 220.

nicht. Wird gar das Ende Israels als jüdischer Staat gefordert, hat das zur Konsequenz, Juden und Jüdinnen dem Antisemitismus schutzlos auszuliefern. Wer dies befürwortet, nimmt den Tod von Jüdinnen und Juden in Kauf.

Die Geschichte des Antizionismus ist deutlich älter als der Staat Israel. Schon diese Tatsache zeigt, dass es dem Antizionismus nicht darum geht, was Israel konkret tut. Ebenso verhält es sich beim Antisemitismus, für den es keine Rolle spielt, wie sich Jüdinnen und Juden tatsächlich verhalten. Antisemitische und die meisten antizionistischen Motive entspringen dem antisemitischen Weltbild. Die Wahrnehmung und die Beschreibungen von Juden, Jüdinnen und Israel sowie die Vorwürfe ihnen gegenüber folgen dem, was die Antisemit:innen in ihre Bilder von Juden, Jüdinnen und Israel hineinprojizieren. Diese Motive sind abgespaltene Eigenschaften ihrer selbst, die in dieser Welt nicht sein dürfen.

Die Gesellschaft ist so eingerichtet, dass es niemandem möglich ist, ein selbstbestimmtes und mit der Menschheit versöhntes Leben zu führen, und mit dieser Einrichtung der Welt gehen Anforderungen an die Subjekte einher: Konkurrenz, Leistung, sich beweisen müssen. Es ist nicht genug, Mensch zu sein, man muss sich und die eigene Existenz ständig legitimieren, indem man den vermeintlichen Nutzen der eigenen Person oder der eigenen Gruppe, die so erst entsteht, unter Beweis stellt. Dabei bleibt unverstanden, dass an dieser Einrichtung der Welt niemand unmittelbar Schuld hat, sondern sie vielmehr durch das ständige und für den Einzelnen notwendige Mitmachen aller so geworden ist und so bleibt. Würde das ver- und eingestanden, müsste die Erkenntnis sein, dass man selbst einen Anteil daran hat. Diese Erkenntnis aber muss abgewehrt werden, um ein positives Selbstbild aufrechterhalten und das eigene ständige Mitmachen, zu dem es keine Alternative gibt, rechtfertigen zu können. Gleichzeitig bleibt die langfristige Befriedigung aus, denn die Menschen ahnen, dass sie in ihren Funktionen jederzeit ersetzbar sind. Die Frage, wer daran Schuld hat, will in erster Linie mit „Ich nicht!“ beantwortet werden.

Dann aber muss jemand anders daran Schuld haben, und gleichzeitig sind menschliche Regungen, die nicht dem Funktionieren als konkurrenzhaftes Subjekt dienen, verpönt und müssen unterdrückt werden: Nichtidentität, Freiheit, Uneindeutigkeit, Müßiggang und bedingungsloses Glück. Diese Eigenschaften, die man an sich selbst verleugnen und sich versagen muss, werden abgespalten, auf andere projiziert und an ihnen verfolgt, insbesondere eben an ‚den Juden‘. Sie hätten, was einem selbst verwehrt bleibe, und trügen die Schuld an der Misere der Menschheit, indem sie diese unterdrückten.

Im Antisemitismus wird also beispielsweise die Notwendigkeit von Lohnarbeit nicht auf die Logik der Ökonomie zurückgeführt, sondern auf den bösen Willen oder die Gier jüdischer Kapitalisten. Im Antizionismus werden Dinge wie Gewalt, Grenzen und Ausgrenzung nicht als notwendige Eigenschaften aller Staaten verstanden, sondern als exklusive Eigenschaften Israels, eben weil es ein jüdischer Staat ist. Die antisemitische ‚Kritik‘ der Ökonomie, die

ökonomische Verhältnisse in der antisemitischen Figur des Juden personalisiert, findet in der antizionistischen ‚Kritik‘ der Politik ihr Pendant, indem die Verantwortung für politische Verhältnisse dem jüdischen Staat angelastet wird. Insofern sind der Antisemitismus und fast jeder Antizionismus nur zwei unterschiedliche Ausprägungen der gleichen Ideologie.

Dies gilt insbesondere nach der Schoah. Als der Zionismus entstand, war er unter Juden und Jüdinnen eine von drei prominenten Antworten auf den Antisemitismus. Die anderen beiden können beschrieben werden als die Hoffnung, dass durch Assimilation und Integration von Juden und Jüdinnen der Antisemitismus abnehmen würde, und als Hoffnung auf die kommunistische Weltrevolution, die eben auch den Antisemitismus aus der Welt schaffen würde. Vertreter:innen dieser beiden Weltsichten opponierten damals auch gegen den Zionismus als Idee – was noch nicht antisemitisch war. Die Schoah aber, die deutsche Massenvernichtung von sechs Millionen Menschen als Juden, hat dem Zionismus auf schreckliche Weise Recht gegeben. Wenn auch die anderen beiden Antworten auf den Antisemitismus als Hoffnung nach wie vor vorhanden sind, ist deutlich geworden, dass staatliche Gewalt in jüdischer Hand notwendig ist, um Antisemit:innen möglichst daran zu hindern, das zu tun, was sie tun, wenn sie nicht daran gehindert werden: Juden und Jüdinnen ermorden.

Insbesondere nach Auschwitz ist deshalb jede Kritik, die auf Israels Ende zielt, antisemitisch, will sie doch die (Über-)Lebensversicherung von Jüdinnen und Juden gegen den Antisemitismus annullieren. All dies gilt umso mehr, wenn es in Deutschland geschieht, der Nachfolgegesellschaft des ‚Dritten Reichs‘, das den Vernichtungsantisemitismus in der Schoah auf einzigartige Weise zu seinem bisherigen Höhepunkt gebracht hat. Bei der Bezeichnung der Schoah als einzigartig geht es nicht darum, wie gerne von Kritiker:innen behauptet, die Schoah nicht mit anderen Verbrechen und Völkermorden vergleichen zu können, denn erst durch Vergleiche werden auch Unterschiede und Spezifika deutlich. Der Einwurf, dass man nicht von Singularität sprechen könne, da Ereignisse immer singulär seien, ist banal.

Yehuda Bauer hatte schon vor Jahren den Begriff ‚unprecedentedness‘ (was mit Präzedenzlosigkeit, Beispiellosgkeit oder Nie-dagewesen-Sein übersetzt werden kann) verwendet, nicht zuletzt in einer Rede im Bundestag am 27. Januar 1998.⁶ Die Schoah gilt aus mehreren Gründen als präzedenzlos, z. B. weil erstmals Menschen zum Tode verdammt wurden, deren Großeltern einer bestimmten Gruppe angehörten, in die sie hineingeboren wurden. Ihr ‚Vergehen‘ bestand somit darin, geboren worden zu sein. Weiterhin war es das erste Mal in der Geschichte, dass versucht wurde – selbst und mit der Hilfe kollaborierender Kräfte –, aller Juden und Jüdinnen überall habhaft zu werden und sie zu ermorden. Eine weitere Komponente der Präzedenzlosigkeit besteht darin, dass der nationalsozialistische Massenmord an den Jüdinnen und Juden eine Vernichtung um der Vernichtung willen war und erstmals in der Geschichte jegliche andere Motivationen – seien es ökonomische, territoriale oder nationalistische – dahinter zurücktraten. ▼

⁶ <https://www.mfa.gov.il/mfa/mfa-archive/1998/pages/address%20to%20the%20bundestag-%20by%20professor%20yehuda%20baue.aspx>

4.2 Israel und Zionismus als antisemitische Feindbilder

Vor diesem theoretischen und historischen Hintergrund nimmt der Antisemitismus unterschiedliche Ausprägungen an. Insbesondere nach 1945, seit mit dem militärischen Sieg der Alliierten über Nazideutschland der offene Antisemitismus verpönt ist, äußert er sich oft auf Umwegen: Mit Codes wie „Ostküste“, „Rothschild“, „Soros“ oder „Illuminaten“ sind ‚die Juden‘ gemeint, Forderungen nach einem Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen stellen eine Schuldabwehr dar. Und wenn sich Menschen als Opfer „wie die Juden“ darstellen, um reale oder empfundene Probleme anzuprangern – etwa Abtreibungsgegner:innen, Coronaleugner:innen oder Islamophobieforscher:innen –, wird die Schoah verharmlost.

Auch die ‚Israelkritik‘ ist oft zu begreifen als eine Form des Antisemitismus, die nicht mehr von ‚den Juden‘ spricht, weil kaum noch jemand Antisemit:in sein will. Allein das Wort ‚Israelkritik‘ sagt viel darüber aus, wie verbreitet und zielgerichtet sie ist, gibt es doch keine Entsprechungen dafür: ‚Schwedenkritik‘, ‚Japankritik‘, ‚Deutschlandkritik‘ oder Ähnliches sucht man im Duden vergeblich. Auch an anderer Stelle wird eine negative Sonderstellung Israels deutlich, die nur mit einer antijüdischen Obsession erklärt werden kann: Zwischen 2015 und heute hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen 112 Resolutionen verabschiedet, in denen Israel verurteilt wird, gegen alle anderen Staaten der Welt zusammen richteten sich im selben Zeitraum lediglich 42 Resolutionen. Auch im UN-Menschenrechtsrat zeigt sich diese Tendenz, hier wurde Israel seit 2006, dem Gründungsjahr des Gremiums, 95-mal verurteilt, alle anderen Staaten zusammen 73-mal. Die Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen verurteilte Israel seit 2015 viermal, während kein anderes Land überhaupt verurteilt wurde⁷ – was bemerkenswert ist angesichts der internationalen Lage von Mädchen und Frauen, die in unzähligen Ländern Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und anderer Gewalt und Rechtlosigkeit ausgesetzt sind. Selbst wenn Israel kritikwürdige Dinge tut: Dass die UN-Generalversammlung Israel für fast dreimal so schlimm hält wie alle anderen Länder zusammen, sagt mehr über die Vereinten Nationen aus als über den jüdischen Staat.

Antizionismus und israelfeindliche Politik sind, das wird hier deutlich, in vielen Ländern dominant. Das reicht von symbolischer Politik wie der Ablehnung, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, über antiisraelische Rhetorik und ein gegen Israel gerichtetes Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen, eine vermeintliche Äquidistanz zu Israel und seinen terroristischen Feinden – etwa, wenn „beide Seiten“ aufgefordert werden, Eskalationen zu beenden, die regelmäßig von Israels Feinden begonnen werden – bis zum eliminatorischen Antizionismus, der etwa das iranische Regime kennzeichnet. Seit der Islamischen Revolution

⁷ <https://unwatch.org/database/>

1979 findet sich im Iran kaum ein Vertreter der herrschenden Mullahs, der Israel noch nicht als „Krebsgeschwür“ bezeichnet hätte. Das Regime arbeitet außerdem an Massenvernichtungswaffen, um in die Lage zu kommen, seine Drohungen wahrzumachen und den „kleinen Satan“, wie es Israel bezeichnet, tatsächlich vernichten zu können.

Wenn die ‚Israelkritik‘ wiederum mit Argumenten zurückgewiesen wird, heißt es oft, man werde „Israel ja wohl noch kritisieren dürfen“. Hier scheint schon das projektive Denken durch, denn deutsche Medien sind voll von ‚israelkritischer‘ Berichterstattung und Meinungen. Die Behauptung, man dürfe nichts gegen Israel sagen, impliziert zudem, dass es eine machtvolle Instanz gibt, die die freie Meinungsäußerung über den jüdischen Staat in Deutschland einschränkte. Nicht selten werden diesbezüglich in antiisraelischen Kreisen Akteure wie eine angebliche „zionistische Lobby“ ausgemacht. Diese Larmoyanz verkennt etwas Wesentliches: Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass die eigenen Äußerungen von anderen nicht kritisiert werden dürfen und das eigene Handeln keine negativen Konsequenzen zeitigen kann.

Natürlich ist Kritik an israelischer Politik möglich. Wer dabei allerdings antisemitische Stereotype bedient, muss sich über Kritik nicht wundern. Als „Schnelltest“ für fragwürdige Aussagen über Israel hat der israelische Politiker und Autor Natan Sharansky den sogenannten „3D-Test“ entwickelt: Wenn Israel dämonisiert, delegitimiert oder mit doppelten Standards gemessen wird, sind die betreffenden Aussagen nach Sharansky antisemitisch. Mit Dämonisierung ist, analog zu klassischen antisemitischen Stereotypen, die Darstellung Israels als Inbegriff des Bösen gemeint, wie sie etwa durch NS-Vergleiche erfolgt. Eine Delegitimierung liegt vor, wenn der Staat Israel als solcher in Frage gestellt und ihm seine Legitimität abgesprochen wird, etwa durch die Behauptung, seine Existenz sei ein rassistisches oder koloniales Unterfangen. Doppelstandards liegen nach Sharansky vor, wenn Israel anders als andere Staaten behandelt und selektiv für ein Verhalten kritisiert wird, das man bei anderen Staaten ignoriert. Dies ähnelt früherer Diskriminierung von Juden und Jüdinnen durch Gesetze der Mehrheitsgesellschaft. Ein Beispiel hierfür ist die Verurteilung von israelischen Militärschlägen oder Sanktionen gegen palästinensische Terrororganisationen, bei gleichzeitigem Schweigen über den Beschuss Israels mit Raketen.

Antisemitismus und Antizionismus haben ihren Weg in alle Welt gefunden. Nicht nur deutsche Neonazis sprechen vom „Terrorstaat Israel“, der Antizionismus ist viel weiter verbreitet: Unterstützte beispielsweise die Sowjetunion in den ersten Jahren Israel noch in seiner Existenz, fand dort bald eine antizionistische Wende statt. Nicht nur die Außenpolitik wurde offen antizionistisch, auch in der Sowjetunion selbst wurden Juden in antisemitischen Kampagnen als „Zionisten“ verfolgt. Im Kontext des stalinistischen „Ärzteprozesses“ aufgrund einer angeblichen Verschwörung jüdischer Ärzte schrieb etwa das Staatsorgan Prawda: „Die Demaskierung einer Bande von Gift verabreichenden Ärzten stellt einen Schlag gegen die internationale jüdisch-zionistische Organisation dar.“⁸ ▼

⁸ https://www.deutschlandfunkkultur.de/antisemitismus-in-der-udssr-was-plante-stalin-mit-den.1079.de.html?dram:article_id=407175

4.3 Israelbezogener Antisemitismus von rechts

Nicht nur der historische Nationalsozialismus war, wie am Anfang des Kapitels gezeigt, antizionistisch. Der Antisemitismus ist integraler Bestandteil des Rechtsextremismus, insbesondere im deutschsprachigen Raum. Als Ideologie, die unter Rückgriff auf vermeintlich „natürliche Ordnungen“ Menschen in Gruppen einteilt und diese hierarchisiert, ist er genuin antiliberal und antiindividualistisch, er setzt stattdessen auf Gemeinschaft. Die Figur ‚des Juden‘ als antisemitisches Motiv fällt aus diesen Gemeinschaften, etwa Völkern, ‚Rassen‘ oder Kulturen, heraus. Juden und Jüdinnen gehören nicht nur nicht zum jeweils eigenen Kollektiv, sondern zu gar keinem. Sie werden zu einer als kosmopolitisch verhassten Macht stilisiert, die die Schicksale dieser „natürlichen Kollektive“ bestimme und die Welt ins Unglück stürzen wolle. Das könne diese Macht auch vollenden, wenn man sie daran nicht hindere, heißt es.

Die Kleinstpartei Die Rechte verklebte im EU-Wahlkampf 2019 Plakate mit der Parole „Israel ist unser Unglück. Schluss damit!“ – eine Adaption des Zitats „Die Juden sind unser Unglück“ von Heinrich von Treitschke, das auch auf jeder Titelseite der nationalsozialistischen Zeitung ‚Der Stürmer‘ prangte. 2018 forderte die NPD, Israel als „Terrorstaat“ einzustufen.

Solch eklatant antisemitischen Äußerungen von Rechtsextremen sind eindeutig. Aber auch von konservativer Seite wird Antisemitismus, wie in allen politischen Lagern, reproduziert, selbst wenn die Politik bestimmter konservativer Personen positiv für Israel sein mochte oder sein mag. Der seinerzeitige Bundeskanzler Konrad Adenauer beispielsweise begründete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Deutschlands mit Israel unter anderem mit der Aussage: „Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.“⁹ Und Franz-Josef Strauß, der für Israel wichtige Waffenlieferungen organisierte, sagte: „Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden.“¹⁰

Eine organisatorische Verbindung zwischen rechtem, linkem, arabischem und islamischem Antisemitismus mit Israelbezug zeigte sich besonders im Training für den ‚bewaffneten Kampf‘. Nachdem die rechtsextreme Wehrsportgruppe Hoffmann 1980 in der Bundesrepublik

9 https://www.deutschlandfunkkultur.de/diplomatische-beziehungen-deutschland-israel-jubilaum.1079.de.html?dram:article_id=318096

10 Godel Rosenberg: Franz Josef Strauß und sein Jude. Erinnerungen zwischen München und Tel Aviv, München (Allitera Verlag) 2015, S. 14.

Deutschland verboten worden war,¹¹ ging sie in ein Trainingslager der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Libanon. Bereits zehn Jahre zuvor waren die ersten Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) in einem Ausbildungscamp der Fatah, der stärksten Fraktion in der PLO, in Jordanien ausgebildet worden. ▼

4.4 Arabischer und islamischer Antisemitismus mit Israelbezug

In den Teilen der Welt, die als vornehmlich arabisch und/oder islamisch gelten, sind Antisemitismus und Antizionismus weit verbreitet, und zwar in nationalistischen, säkularen, panarabischen, islamischen und islamistischen Bewegungen. Häufig wird das Territorium, um das es geht, wenn von „Palästina“ die Rede ist, als „arabisch“ oder „islamisch“ verstanden, weil es einmal unter islamischer Herrschaft stand. Israel habe demgegenüber keine Existenzberechtigung. Je nach Prägung kommen offen antisemitische Verschwörungserzählungen dazu, in denen wiederum Klassiker des modernen Antisemitismus zitiert werden: Die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘, eine antisemitische Erfindung vermutlich des zaristischen Geheimdienstes vom Anfang des 20. Jahrhunderts, finden in der arabischen Welt wie auch in der Türkei und anderen Ländern bis heute massive Verbreitung. Der derzeitige Präsident der Islamischen Republik Iran, Ebrahim Raisi, zeichnete verantwortlich für eine Verfilmung der Protokolle in 50 Folgen.¹² Mahmoud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, sagte am 23. Juni 2016 im EU-Parlament, israelische Rabbiner hätten die Regierung aufgefordert, palästinensisches Wasser zu vergiften, um Kinder zu töten.¹³ Er bediente damit zwei antisemitische Motive in einem Satz: die Legende von der Brunnenvergiftung durch Juden und die Mär von den Juden als Kindermörder. Für die Rede, die er „im Namen Allahs des Barmherzigen“ begann, erhielt Abbas von zahlreichen Parlamentarier:innen stehende Ovationen.

11 Nachdem man jahrelang zugesehen hatte, wie die Wehrsportgruppe Hoffmann ihre Strukturen aufbaute, wurde sie im Januar 1980 verboten. Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß lehnte das Verbot ab. Am 26. September 1980 verübte ein Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest, am 19. Dezember 1980 wurden der Erlanger Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke von einem weiteren Mitglied der Gruppe ermordet. Die Öffentlichkeit erging sich danach in Spekulationen darüber, ob Lewin womöglich ein israelischer Agent gewesen sei. Derlei Vorwürfe, Juden seien Israel gegenüber loyaler als Deutschland, ziehen sich ebenso durch das Leben vieler deutscher Juden und Jüdinnen wie etwa Aufforderungen, sich zu Israel zu positionieren oder etwas zu „ihrer“ – gemeint ist die israelische – Regierung zu sagen.

12 <https://www.newsweek.com/irans-new-president-has-track-record-antisemitism-opinion-1604270>

13 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-8-2016-06-23-ITM-005_DE.html

Weitere personelle Beispiele für den weit verbreiteten Antizionismus und Antisemitismus wichtiger islamischer Akteure sind etwa der Chefideologe der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, der die Schoah als Strafe Gottes für die Juden bezeichnete¹⁴ und Selbstmordanschläge auf israelische Zivilist:innen legitimiert¹⁵; die jemenitischen Huthis, deren Slogan „Gott ist groß! Tod für Amerika, Tod für Israel, Verflucht seien die Juden, Sieg dem Islam!“¹⁶ keine Zweifel an ihrer Gesinnung lässt; oder Louis Farrakhan, der Anführer der US-amerikanischen Organisation Nation of Islam: Unter seinen vielen antisemitischen Aussagen findet sich auch jene, die Anschläge vom 11. September 2001 seien „False flag“-Operationen, bei denen „viele Israelis und zionistische Juden“ Schlüsselrollen gespielt hätten.¹⁷ Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Auch wenn sich, gerade im Kontext des Nahen Ostens, säkular-nationalistischer, nicht selten auch pseudosozialistisch gefärbter und islamischer Antisemitismus in der Praxis mischen und besonders in der Feindschaft gegen Israel zusammenkommen, ist doch auf zwei unterschiedliche Ideengeschichten hinzuweisen: Der heutige islamisch legitimierte Antisemitismus, der sich auch gegen Israel richtet, vermischt Elemente des modernen, in Europa entstandenen Antisemitismus mit antijüdischen islamischen Elementen, etwa judenfeindlichen Suren, und hat sich in dieser Form seit der Gründung der Muslimbruderschaft 1928 in Ägypten mit dem politischen Islam verbreitet.

Der säkular-nationalistische Antisemitismus in arabischen, türkischen, kurdischen oder iranischen Bewegungen hingegen geht mit dem Islam gelegentlich strategische Bündnisse ein, mitunter gibt es aber auch eine offene Feindschaft gegenüber islamischen und islamistischen Gruppen. Auch der anti- oder nichtreligiöse Nationalismus, der Panarabismus, der Marxismus-Leninismus, die mitunter bestehende Bindung an Moskau und eine Mischung mit einem bestimmten Verständnis von Antiimperialismus haben bis heute einflussreiche antizionistische und antisemitische Traditionen begründet.

In beiden Fällen sind dieser Antisemitismus und der Antizionismus in großen Teilen der Bevölkerung verbreitet, sowohl in stärker säkular geprägten Staaten wie Syrien als auch in religiöseren Gesellschaften. Gleichwohl bestehen zwischen Israel und einigen dieser Staaten Friedensverträge und Kooperationen, andere stellen Israel aber aufgrund ihrer anhaltenden Feindseligkeiten und militärischen Ambitionen vor große Sicherheitsprobleme – allen voran das iranische Regime und sein Proxy, die Hisbollah im Libanon. ▼

14 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus>

15 <https://taz.de/Der-Fernseh-Mufti/1644928/>

16 <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/ndr/2014/jemen-102.html>

17 <https://www.adl.org/education/resources/reports/nation-of-islam-farrakhan-in-his-own-words>

4.5 Linker und postmoderner israelbezogener Antisemitismus

Auch Antisemitismus in linken und sich als progressiv begreifenden Bewegungen drückt sich mit Vorliebe als israelbezogener Antisemitismus aus. In Deutschland wurde Israel in diesem Spektrum insbesondere nach dem Sechs-Tage-Krieg weniger als Staat der Schoah-Überlebenden und sozialistische Kibbuz-Utopie gesehen, sondern mehr und mehr als imperialistischer Aggressor. „Der Zionismus“ wurde immer mehr zum Feindbild. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatte die 68er-Bewegung.

Noch in ihrer Distanzierung vom antisemitischen Brandanschlag auf ein Wohnheim der Israelitischen Kultusgemeinde in der Münchner Reichenbachstraße im Februar 1970, bei dem sieben Menschen ermordet wurden, darunter Schoah-Überlebende, offenbarte die Gruppe Tupamaros München antisemitisches Verschwörungsdenken: Sie schrieb, der „Reichstagsbrand im Altersheim“ sei gelegt worden, um eine „Hexenjagd auf die Feinde des US-zionistischen Imperialismus zu eröffnen“. In einer Zeitung namens ‚Kürbiskern‘ wurde spekuliert, ob das Gebäude in der Reichenbachstraße ein „Stützpunkt, wenn nicht sogar geheimes Hauptquartier“ einer jüdischen Jugendgruppe, einer „rechtszionistischen Organisation“, gewesen sei. Dieter Kunzelmann, der den Tupamaros West-Berlin angehörte und dem die Verantwortung für den Bombenanschlag auf das Berliner Gemeindezentrum am 9. November 1969 zugeschrieben wird, bezeichnete den Münchner Anschlag als „zionistisches Massaker“, das deutsche Juden zur Auswanderung nach Israel bewegen sollte.¹⁸

1976 brachte ein Kommando der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), darunter die bundesdeutschen Staatsbürger:innen Wilfried Böse (alias Mahmoud) und Brigitte Kuhlmann (alias Halimeh), beide Gründungsmitglieder der Revolutionären Zellen, ein Flugzeug der Air France auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris bei einem Zwischenstopp in Athen in ihre Gewalt und entführte die Maschine mit den Passagieren via Bengazi in Libyen nach Entebbe in Uganda. Dort separierten die Täter:innen die israelischen und einige der jüdischen Geiseln von den anderen. Sie wollten mit der Entführung unter anderem sechs RAF-Mitglieder aus deutschen Gefängnissen freipressen und auf den antiimperialistischen Kampf der PFLP im „besetzen Palästina“ aufmerksam machen.

Aber auch abseits von Terrorgruppen war in der Linken der israelbezogene Antisemitismus weit verbreitet. So wurde beispielsweise im Juni 1988 auf die Wand eines besetzten Hauses in der Hamburger Hafenstraße großflächig geschrieben: „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim und

¹⁸ <https://www.spiegel.de/geschichte/muenchen-1970-das-fast-vergessene-attentat-auf-das-juedische-gemeindehaus-a-fde4a5d9-4feb-41dc-8551-ac36b6176d3c>

Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien!“¹⁹ In der Antiglobalisierungsbewegung der 1990er Jahre trat ein zunehmend verschwörungsideologisch argumentierender Antisemitismus in den Vordergrund, der häufig ebenfalls mit Codes wie „Globalisten“, „Zionisten“ oder „Ostküste“ operierte.

Ab den frühen 1990er Jahren gab es aber auch eine große innerlinke Spaltung, nachdem Teile der deutschsprachigen Linken diesen Antisemitismus und Antizionismus kritisierten. Diese Spaltung zeigt sich an unterschiedlichen Positionen beispielsweise zum Golfkrieg 1991 und zum Irakkrieg, zur deutschen Wiedervereinigung, zur zweiten Intifada, zu den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA oder zum Umgang mit dem iranischen Regime bis heute. Inzwischen gibt es in Deutschland und Österreich nicht wenige Linke, die sich explizit gegen jeden Antisemitismus stellen und zur Solidarität mit Israel bekennen.

In den neueren sozialen Bewegungen, die sich nicht in erster Linie als links, aber doch als fortschrittlich begreifen, ist wiederum der israelbezogene Antisemitismus stärker präsent. Besonders während der jüngsten Eskalation des Terrors gegen Israel im Mai und Juni 2021 gab es eine Vielzahl von antiisraelischen Statements. Gruppen, die eigentlich zu ganz anderen Themen arbeiten, hatten das dringende Bedürfnis, trotz offensichtlicher Unkenntnis ihre moralische Überzeugung zur Schau zu stellen, mit antiisraelischen sowie antisemitischen Positionierungen auf der vermeintlich richtigen, scheinbar pro-palästinensischen Seite zu stehen. Fridays for Future etwa postete am 18. Mai 2021 auf ihrem internationalen Instagram-Account eine Serie von Sharepics²⁰, in denen Israel unter anderem des „Kolonialismus“, des Tötens, des Terrors und der Unterdrückung der Palästinenser bezichtigt und „Märtyrern“ gehuldigt wurde – der Terror gegen Israelis wurde mit keinem Wort thematisiert. „I can't breathe!“ – diese letzten Worte des ermordeten Afroamerikaners George Floyd, heute eine wichtige Parole der Black-Lives-Matter-Bewegung, wurden etwa als „We can't breathe since 1948“ in Kombination mit der palästinensischen Flagge instrumentalisiert. 1948 wurde Israel gegründet, seitdem würden also die Palästinenser:innen von Israel am Atmen gehindert und ermordet wie Floyd. Solche und ähnliche Motive finden großen Anklang, gerade auch in den sozialen Netzwerken. Das erwähnte Posting von Fridays for Future wurde über 24.000-mal gelikt – die anderen Postings in diesem Zeitraum lagen zwischen 1.000 und 8.000 Likes.

Kritik an Israel kann als progressiv erscheinen, weil dadurch angeblich eine ‚ehrliche Wahrheit‘ der Unterdrückten gegen eine vermeintlich verlogene Übermacht artikuliert wird – Israel wird als machtvoller Unterdrückerstaat imaginiert, und ihm werden alle möglichen und unmöglichen Dinge vorgeworfen. Es ist aber eine wohlfeile und nur scheinbar kritische Haltung, im antiisraelischen Ressentiment ist man sich sehr einig. Diese Einigkeit wird noch dadurch befeuert, dass Israel der einzige Staat im Nahen Osten ist, in dem auch kritischer Aktivismus

19 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/269200/bildstrecke-antisemitismus?show=image&i=261690>

20 https://www.instagram.com/p/CPBwr2cH7w5/?utm_medium=copy_link

möglich ist, in dem bürgerliche und damit auch politische Freiheiten geschützt sind. Das darf nicht sein und muss abgewehrt werden, um die Rollenverteilung von Unterdrückten und Unterdrückern aufrechterhalten zu können. Der israelische Staat ist Projektionsfläche nicht nur vieler Linker für alles, was allen anderen Staaten nicht angelastet wird. Er ist gewissermaßen „der kollektive Jude unter den Nationen“, wie es der israelische Historiker Jacob Leib Talmon 1976 formulierte.²¹ ▼

4.5 Israelfeindlichkeit als milieuübergreifendes Phänomen

Eine antiisraelische Schlagseite zieht sich durch fast alle politischen und weltanschaulichen Milieus, auch bei Berufspolitiker:innen. Die Unions-Politiker Franz-Josef Strauß und Konrad Adenauer etwa wurden oben bereits zitiert. Hans-Christian Ströbele (Grüne) sagte 1991, die irakischen Scud-Raketen auf Tel Aviv seien „die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels“. Sigmar Gabriel (SPD) bezeichnete 2012 die Situation in Hebron als →„*Apartment-Regime*“, für das es keinerlei Rechtfertigung“ gebe. Inge Höger, damals für die Partei Die Linke im Bundestag, war Passagierin auf der Mavi Marmara, einem Schiff der türkischen islamistischen Organisation IHH, das 2010 unter humanitärem Deckmantel versuchte, die israelische Seeblockade des Gazastreifens, die gegen die Hamas errichtet wurde, zu durchbrechen. Jürgen Möllemann (FDP) schrieb, „die israelische Regierung“ bzw. „der Mossad“ habe gegenüber FDP-Parteichef Guido Westerwelle „seinen politischen Kopf verlang[t]“. Alexander Gauland (AfD) schrieb 2001, der Staat Israel sei ein „Fremdkörper“ in der arabischen Welt und 2003, dass „der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen wird, solange die Israelis arabisches Land besetzt halten“ – womit Israels Existenz die Schuld an der katastrophalen Lage in der Region zugewiesen wird. Derlei israelfeindliche Taten und Äußerungen, die nicht ohne ihren Bezug zum Antisemitismus erklärt werden können, zeigen sich auch bei Demonstrationen und medialer Berichterstattung immer wieder.

2006 etwa überschrieb der Focus einen Artikel zu „Irans Atomwaffen“, die in erster Linie Israel gefährden, mit: „Israel droht mit Selbstverteidigung“.²² 2014 berichtete der Spiegel: „Israel erwidert trotz neuer Waffenruhe Beschuss aus Gaza“,²³ und im Mai 2021 titelte tagesschau.de: „Wiederaufbau in Gaza, Drohung aus Israel“.²⁴ Das sind die krasserer Beispiele einer häufig

21 Jacob Leib Talmon: The New Anti-Semitism, in: The New Republic, 18. September 1976, S. 18-23.

22 https://www.focus.de/politik/ausland/israel-droht-mit-selbstverteidigung-atomstreit_id_1719779.html

23 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenruhe-zwischen-israel-und-amas-verlaengert-a-986015.html>

24 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-gaza-waffenruhe-normalisierung-101.html>

mindestens einseitigen, antiisraelischen Berichterstattung in deutschen Medien. Zuletzt konnte man den Eindruck gewinnen, dass in einigen Redaktionen das Bewusstsein für dieses Problem wächst, denn 2021 waren im Vergleich mit früheren Kriegen weniger derart verzerrende Darstellungen zu lesen.

Ein grundlegenderes Problem bleibt aber die vermeintliche Äquidistanz. In einer Instagram-Story schrieb die Tagesschau: „Israel und Gaza beschießen sich“.²⁵ Was technisch gesehen zutreffen mag, verschweigt doch Wesentliches, nämlich die Motivationen und Ziele des Beschusses: Während aus dem Gazastreifen islamistische Terrororganisationen Raketen auf zivile israelische Infrastruktur – also Wohngebiete, Kindergärten, Krankenhäuser – schießen, nimmt Israel im Gazastreifen gezielt die terroristische Infrastruktur, von der diese Angriffe ausgehen, ins Visier. Die Hamas positioniert ihre Waffen häufig in der Nähe beispielsweise von Schulen²⁶, um so israelische Angriffe zu verhindern. Wenn die israelische Luftwaffe die Terrorinfrastruktur dann doch unter Beschuss nimmt²⁷, bietet das der Terrororganisation die Gelegenheit, den jüdischen Staat eines Angriffs auf die Zivilbevölkerung zu beschuldigen.

Israel benutzt das Raketenabwehrsystem Iron Dome, um die Bevölkerung vor möglichst vielen der Raketenangriffe zu schützen. Die Hamas dagegen nutzt die Bevölkerung, um ihre Kämpfer, Waffen und Immobilien vor möglichst vielen israelischen Angriffen zu schützen. Sie missbraucht sie also als menschliche Schutzschilder. Wenn der Grundsatz einer ausgewogenen Berichterstattung so falsch verstanden wird, dass solche grundlegenden Unterschiede verblassen oder keine Rolle spielen, ist diese „äquidistante“ Berichterstattung letztlich antiisraelisch.

Wenn die Situation in und um Israel eskaliert, wenn Israel etwa Terrororganisationen als Reaktion auf den massiven Raketenbeschuss seiner Zivilbevölkerung angreift, wie zuletzt im Mai 2021, finden bundesweit zudem regelmäßig antiisraelische Demonstrationen statt – obwohl die Aggression nicht von Israel ausgeht –, auf denen fast immer auch antisemitische Inhalte verbreitet werden. Wenn aber beispielsweise das syrische Assad-Regime im sogenannten Flüchtlingslager Yarmouk, einem Vorort von Damaskus, palästinensische Zivilist:innen wiederholt gezielt angreift und diese dort ohne staatsbürgerliche Rechte leben müssen, bleibt das im Vergleich dazu nahezu unkommentiert. Auch die autoritären bis terroristischen Regime der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland und der Hamas im Gazastreifen, unter denen in erster Linie die palästinensische Bevölkerung leidet, werden auf Demonstrationen

25 <https://www.mena-watch.com/fuer-deutsche-medien-scheint-so-gut-wie-immer-israel-schuld-zu-sein/>

26 Z. B.: <https://www.timesofisrael.com/photos-show-hamas-tunnel-dug-underneath-courtyard-of-unwra-school-in-gaza/>

27 Bei solchen Angriffen werden dann häufig die Zivilist:innen durch abgeworfene Flugblätter, Textnachrichten oder durch „knock-on-the-roof“-Beschuss vor dem bevorstehenden Angriff gewarnt, um sich in Sicherheit bringen zu können.

und Kundgebungen selten kritisiert. Unrecht gegenüber den Palästinenser:innen, das man nicht Israel in die Schuhe schieben kann, ist meist kein Thema für die ‚Israelkritiker‘.

Dem sogenannten Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinenser:innen wird eine Aufmerksamkeit zuteil, die, vergleicht man ihn mit anderen Konflikten, anderer Unterdrückung und anderen Menschenrechtsverletzungen weltweit, nicht mit seinem Ausmaß oder seiner Intensität erklärt werden kann. Vielmehr scheint vor allem das antiisraelische und antisemitische Ressentiment die Motivation zu sein – und weitaus weniger der Einsatz für die Verbesserung der häufig tatsächlich schlechten Lebensbedingungen von Palästinenser:innen.

All das bedeutet: Was Israel konkret tut, ist unwesentlich. Es steht in großen Teilen der Öffentlichkeit von vornherein fest, dass der jüdische Staat der Böse ist. Hier zeigt sich, dass der Antizionismus in seinen heutigen Formen ein Ausdruck des Antisemitismus ist und somit Teil einer geschlossenen Weltanschauung sein kann. Der psychische Nutzen dieser Imagination überwiegt gegenüber dem Interesse nach einer rationalen Auseinandersetzung mit der Empirie. Wer einem gefestigten antisemitischen und antizionistischen Weltbild anhängt, wird sich nicht davon abbringen lassen, nur weil er oder sie darauf aufmerksam gemacht wird, dass Juden und Araber in Haifa gemeinsam einen Hummus-Laden betreiben, Israel der Palästinensischen Autonomiebehörde Impfstoff zur Verfügung stellt oder es in Israel staatlich finanzierte Scharia-Gerichte gibt. Wie möglich oder unmöglich diese Art der Aufklärung jeweils ist, lässt sich aber nur im Einzelfall herausfinden. Je gefestigter das zugrundeliegende antisemitische Weltbild, desto weniger wird mit Fakten etwas zu erreichen sein. Man sollte es deshalb aber nicht unversucht lassen und muss bei jedem Gegenüber einschätzen, ob Fakten und Aufklärung fruchten können oder vergeblich sind. ▼

5. Glossar: Begriffe, Parolen und Symbole

Im Folgenden werden Begriffe, Parolen und Symbole beleuchtet, die auf antiisraelischen Kundgebungen im Mai/Juni 2021 in Bayern dokumentiert wurden. Sie sind für sich genommen nicht notwendigerweise antisemitisch, können aber in bestimmten Kontexten eine antisemitische Bedeutung erlangen oder werden oft in antisemitischen Aussagen verwendet.

Im Glossar werden auch immer wieder einzelne, häufig exemplarische Fakten genannt, die die antiisraelischen Mythen widerlegen. Weil der Antisemitismus und damit der Antizionismus sich aber größtenteils nicht an Fakten orientieren, sondern Gefühlslagen derer folgen, die sie äußern, stößt die Aufklärung über den Antisemitismus mit solchen Fakten leider immer wieder an ihre Grenzen. Sie zu kennen und zu versuchen, mit ihnen zu argumentieren, ist dennoch wichtig, wenn auch leider häufig nicht von Erfolg gekrönt.



Al-Aqsa

→ S. 38

Apartheid, Rassismus

→ S. 41

**Boycott, Divestment,
Sanctions (BDS)**

→ S. 44

**Ethnische Säuberung,
Ethnic Cleansing, Genozid**

→ S. 46

**„From the River to the Sea,
Palestine must be free“**

→ S. 48

Handala

→ S. 50

Intifada

→ S. 52

Karten

„schrumpfendes Palästina“

→ S. 53

Khaybar, Khaybar ya yahud

→ S. 56

Kindermörder

→ S. 57

**Kolonialismus, Siedlerkolonialismus,
Settler Colonialism**

→ S. 60

Landraub

→ S. 63

Märtyrer

→ S. 64

Rückkehrrecht, Schlüsselsymbolik

→ S. 66

**Vergleiche der israelischen
Politik mit der Schoah und
dem Nationalsozialismus**

→ S. 68

„We can't breathe since 1948“

– Bezüge zur

Black-Lives-Matter-Bewegung

→ S. 71

Widerstand

→ S. 73

Zionistisches Regime/Gebilde

→ S. 75

Al-Aqsa

Die Al-Aqsa-Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg (hebräisch: Har haBayit, arabisch: al-Haram ash-Sharif) steht immer wieder im Zentrum von Auseinandersetzungen und gewalttätigen Ausschreitungen. Hartnäckig wird seit Jahrzehnten das Gerücht verbreitet, Israel wolle die Moschee zerstören. Das Thema war auch auf israelfeindlichen Demonstrationen im Mai und Juni 2021 präsent. Am 11. Mai beispielsweise fand auf dem Münchner Odeonsplatz eine Kundgebung unter dem Motto „Kehre Masjid [Moschee] Al-Aqsa nicht den Rücken“ statt. Die Aussage legt die Interpretation nahe, wenn man Al-Aqsa aus den Augen ließe, kämen ‚die Zionisten‘ und würden sie zerstören.

Die Al-Aqsa-Moschee gilt nach Mekka und Medina als drittheiligste Stätte im Islam, weil Mohammed von hier aus nach der Nachtreise von Mekka nach Jerusalem seine Himmelfahrt angetreten haben soll. Al-Aqsa wird häufig mit dem auch auf dem Tempelberg/al-Haram ash-Sharif gelegenen Felsendom mit der goldenen Kuppel verwechselt, der ebenfalls religiöse Bedeutung hat. Sein Bild steht symbolisch für den Tempelberg, damit auch für die Al-Aqsa-Moschee und insbesondere in religiösen islamischen Kreisen für Jerusalem, das auf Arabisch al-Quds heißt. Auf dem Tempelberg standen zudem die ersten beiden jüdischen Tempel, der zweite wurde 70 n. Chr. von den Römern zerstört. Die Reste der Westmauer seines Fundaments, die Klagemauer, sind heute die wichtigste heilige Stätte im Judentum. Bedeutende islamische Gelehrte, darunter der amtierende Großmufti von Jerusalem, bestreiten die Existenz jüdischer Tempel auf dem Areal und bestehen darauf, dass es dort immer nur eine Moschee gegeben habe.



◀ Auf dem T-Shirt eines Jungen sind der Felsendom sowie die Karte des Gebiets → *From the River to the Sea* abgebildet. Israel hat dort keinen Platz mehr. Unten steht in den palästinensischen Farben „Palästina“.



Kurz nachdem Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 die Jerusalemer Altstadt, wo der Tempelberg liegt, erobert hatte, wurde die Autorität über ihn an den Waqf übergeben, eine jordanische islamische Stiftung. Den Zugang zum Tempelberg sowie die Klagemauer kontrollieren hingegen israelische Sicherheitskräfte. Beten dürfen auf dem Tempelberg nur Muslim:innen, Juden und Jüdinnen dürfen ihn zwar besuchen, aber keine religiösen Handlungen durchführen. Israel garantiert also islamische Religionsausübung auf dem Tempelberg, verhindert aber jüdische, die nur an der Klagemauer stattfinden darf. Doch bereits die Anwesenheit von Juden und Jüdinnen auf dem Tempelberg wird häufig unabhängig von der Intention als Provokation interpretiert.

Israel wird immer wieder vorgeworfen, die Al-Aqsa-Moschee zerstören zu wollen. Dabei wird auf jüdische Gruppen Bezug genommen, die einen dritten Tempel auf dem Tempelberg errichten wollen; manche von ihnen wollen dafür tatsächlich die Moschee abreißen. Das ist aber eine Minderheitenposition, und der israelische Staat verfolgt kein entsprechendes Interesse. Vielmehr schützt er auch die islamischen Heiligtümer. 1984 beispielsweise verhaftete der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet Personen aus dem Umfeld des sogenannten jüdischen Untergrundes, die den Plan hatten, den Felsendom zu zerstören. Ein australischer Christ, der 1969 einen Brandanschlag auf die Moschee verübt hatte, wurde aufgrund einer Erkrankung von einem israelischen Gericht in die Psychiatrie eingewiesen.

Immer wieder steht die Al-Aqsa-Moschee im Zentrum antiisraelischer und antisemitischer Ausschreitungen und wird beispielsweise als Rückzugsort bei Auseinandersetzung mit den israelischen Sicherheitskräften genutzt. Deshalb schreiten diese dort auch manchmal ein – einen Plan, die Moschee zu zerstören, haben sie allerdings nicht.

Am 22. Mai 2021 sagte ein Redner auf einer Münchner Demonstration: „Und jetzt frage ich: Was hat die israelische Polizei in der Al-Aqsa-Moschee zu suchen? (Applaus) Denn ich sage euch, was die da zu suchen haben. Schließlich war es einfach eine Vorbereitung für einen extremistischen Siedlermarsch, durch die Moschee, durch die Viertel, die arabischen Viertel in Jerusalem. Das war der Grund. Und jetzt stellen wir uns mal vor, stellen wir uns mal vor, unsere liebe Polizei stürmt die Frauenkirche, damit jüdische Siedler da reingehen und die Frauenkirche zerstören.“

Der Symbolcharakter der Al-Aqsa-Moschee ist groß, und sie ist Bezugspunkt für viele, gerade muslimische Palästinenser:innen im Allgemeinen, aber auch für Terroristen. Nach ihr sind etwa die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden (→ *Märtyrer*) benannt, eine Fatah-nahe Terrororganisation, die sich in der zweiten → *Intifada* gegründet hat und für Dutzende Selbstmord- und andere Anschläge auf Israelis, aber auch auf palästinensische Journalist:innen und Politiker:innen verantwortlich ist. ▼



Apartheid, Rassismus

Am 20. Mai 2021 wurde auf der Kundgebung „Gegen die Unterdrückung von Palästina“ auf dem Regensburger Domplatz unter anderem ein Schild mit der Aufschrift „Stoppt das Pogrom, den Holocaust, die Apartheid“ gezeigt.

In Redebeiträgen wurde zudem gesagt, Israel verfolge „eine durch und durch rassistische Politik und das nicht erst seit letzter Woche“, „Apartheid und Verfolgung“ stellten „einen Teil einer einheitlichen Politik der israelischen Regierung dar“.

Die Behauptung, Israel sei ein „Apartheidstaat“, war auf vielen antiisraelischen Demonstrationen im Mai und Juni 2021 in Bayern zu vernehmen. Mit ihr soll Israel dämonisiert und so als jüdischer Staat delegitimiert werden.

Der Begriff Apartheid bezeichnet die ab 1948 gesetzlich verankerte Politik der sogenannten Rassentrennung in Südafrika. Mit der Politik der Apartheid wurden die südafrikanischen Staatsbürger:innen in vier ethnische Gruppen eingeteilt. An öffentlichen Orten war eine strikte Trennung von Weißen und Nichtweißen vorgeschrieben, Eheschließungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher ethnischer Gruppen waren verboten. 1950 wurde eine strikte Trennung der Wohngebiete festgeschrieben. Gesetzliche Apartheidbestimmungen erstreckten sich in jeden Bereich, von der Bildung über die Arbeitswelt und die Gesundheitsversorgung bis zu politischer Teilhabe. Somit bestimmte die rassistische Ordnung die Gesellschaft auf allen Ebenen.

Seit über 50 Jahren wird Israel mit Apartheid-Südafrika verglichen, seinen Ursprung hat dieser Vorwurf aber nicht bei schwarzen Südafrikaner:innen oder bei Palästinenser:innen, sondern in der Sowjetunion, die aus geopolitischen und ideologischen Gründen die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel unterstützte. 1975 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt und dementsprechend Südafrika in einem Atemzug mit Israel genannt wurde. Sie wurde 1991 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des realsozialistischen Staatenblocks zurückgenommen. Die Gleichsetzung ist aber nach wie vor präsent, zum Beispiel während der jährlich weltweit stattfindenden „Israel-Apartheid-Woche“ in Veranstaltungen etwa an Universitäten. Auch die Gleichsetzung Israels mit dem Apartheidstaat Südafrika findet bis heute weltweit große Resonanz, sie ist eines der zentralen Ideologeme der globalen Kampagne für den Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (→ BDS) gegen Israel.

Auf der dritten „Weltkonferenz gegen Rassismus“ der Vereinten Nationen im September 2001 sollte im südafrikanischen Durban über aktuelle Formen von Rassismus und Möglichkeiten seiner Überwindung diskutiert werden, jedoch war sie ebenso wie eine parallel stattfindende

NGO-Konferenz von Antisemitismus durchzogen. Israelische und jüdische Delegierte waren heftigen Beschimpfungen durch andere Konferenzteilnehmer:innen ausgesetzt, und es wurden etwa Flyer mit einem Foto Adolf Hitlers verteilt, unter dem zu lesen war: „What if I had won? The good thing – There would be no Israel and no Palestinian’s blood shed“. („Was wäre, wenn ich gewonnen hätte? Das Gute daran: Es gäbe kein Israel und kein palästinensisches Blutvergießen“.)

Unter Protest verließen die Delegationen Israels und der USA die UN-Konferenz. Aus deren Abschlussdokument wurden manche der extremsten antiisraelischen Passagen gestrichen, aber auch solche über den Kampf gegen den Antisemitismus und die Leugnung der Schoah fanden sich am Ende nicht mehr darin. Die Abschlusserklärung der NGO-Konferenz hingegen dokumentierte die antiisraelischen Positionen eines großen Teils der teilnehmenden Organisationen. In ihr wurde Israel mit dem rassistischen Apartheidregime Südafrikas gleichgesetzt und bezichtigt, „rassistische Verbrechen“ sowie „Völkermord“ und → „*ethnische Säuberungen*“ zu verüben.²⁸

Geschichte und Ausmaß der tatsächlichen historischen Apartheid Südafrikas sind in dieser Kürze nicht darstellbar. Auf Israel treffen die Kernmerkmale, die das rassistische Apartheidssystem kennzeichneten, jedenfalls schlicht nicht zu. Der Staat Israel verweigert seinen arabischen Bürger:innen keine formalen, demokratischen Grundrechte. Ehud Olmert beispielsweise, ehemaliger Ministerpräsident Israels und Jude, wurde unter dem Vorsitz eines arabischen Richters zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Muslimische, christliche, jüdische und andere Personen können selbstverständlich die gleichen Restaurants, Universitäten und Toiletten besuchen oder politische Vertreter:innen wählen und sich wählen lassen – alles Dinge, die in Südafrika unter dem Apartheidregime nicht möglich waren.

Selbstredend ist die israelische Gesellschaft, wie jede andere auch, nicht frei von Diskriminierungen und Rassismus. Es gibt aber keine juristisch verankerte, ethnisch diskriminierende Gesetzgebung. Bereits die Gründer Israels um David Ben-Gurion schrieben am 14. Mai 1948 in der Unabhängigkeitserklärung, der neue Staat Israel werde „all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen“. Sie wandten sich auch „an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen“.²⁹ Diese Unabhängigkeitserklärung stellt bis heute eine der

28 Alex Feuerherdt, Florian Markl: Die Israel-Boycottbewegung. Alter Hass im neuen Gewand, Leipzig (Hentrich & Hentrich) 2020, S. 57.

29 https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/Dokumente%20Land%20und%20Leute/Die_Unabhaengigkeitserklaerung_des_Staates_Israel.pdf



Grundlagen des israelischen Staates und der Rechtsprechung dar, die sich auch durch das sogenannte Nationalstaatsgesetz von 2018 nicht geändert haben.

Die palästinensischen Bewohner:innen des Westjordanlandes sowie des Gazastreifens besitzen aus komplexen historischen Gründen keine israelische Staatsbürgerschaft. Insbesondere in den Teilen der Westbank, die israelisch kontrolliert sind, unterliegen sie einem anderen Recht als Israelis. Auch Weigerungen der palästinensischen Seite, Angebote für einen Staat Palästina anzunehmen, sind ein Grund dafür, dass große Teile des Westjordanlandes nach wie vor unter israelischer Kontrolle stehen. Auch hier kann aber keinesfalls von Apartheid gesprochen werden: Es ist das Wesen jedes Nationalstaates, dass Menschen ohne die entsprechende Staatsbürgerschaft andere Rechte haben als die Staatsbürger:innen des Landes.

Auch der Begriff „Apartheidmauer“, mit dem häufig die Sperranlage zwischen Israel und dem Westjordanland bezeichnet wird, ist irreführend. Diese Anlage wurde in den 2000er-Jahren als Maßnahme gegen die Selbstmordanschläge errichtet, die von palästinensischen Terroristen aus der Westbank im israelischen Kernland verübt wurden und viele zivile Opfer auf israelischer Seite forderten. Seit ihrem Bau haben die Anschläge massiv abgenommen. Die „Mauer“ ist nur dort tatsächlich eine Mauer, wo sie auch Schutz gegen Scharfschützen bieten muss, ansonsten ist sie ein Zaun. An den Checkpoints kontrolliert das israelische Militär. Dabei kommt es auch zu Ungleichbehandlungen. Das ist, wie die gesamte Existenz der Sperranlage, kein begrüßenswerter Zustand, aber mit Blick auf Grenzkontrollen im Allgemeinen wenig

verwunderlich. Im Falle Israels ist die Situation aufgrund der Terrorbedrohung zudem noch einmal verschärft. Die Forderung, die Anlage abzureißen, ignoriert völlig die Tatsache, dass sie Israel vor dem Terror schützt, und nimmt in Kauf, dass Selbstmord- und andere Anschläge wieder zunehmen könnten.

Die kontrafaktisch erhobenen Vorwürfe, Israel sei ein Apartheidstaat oder Zionismus sei Rassismus, reihen sich ein in die antisemitische Tradition, Israel als grundlegend rassistisch zu delegitimieren, mit dem Ziel, seine Existenz als jüdischer Staat zu beenden. Dies ist deshalb antisemitisch, weil Israel als jüdischer Souverän Juden und Jüdinnen vor den Folgen des Antisemitismus schützt. ▼

Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)

BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“ und beschreibt gleichzeitig die zentrale Strategie dieser transnationalen politischen Kampagne: Durch den Boykott israelischer Waren, Künstler:innen oder Wissenschaftler:innen, den Abzug von Investitionen aus Israel und die Sanktionierung Israels durch die internationale Gemeinschaft sollen die Ziele von BDS erreicht werden.

Israel müsse demnach die „Okkupation und Kolonisierung allen arabischen Landes“ beenden sowie die „Mauer“ abreißen, das „Grundrecht seiner arabisch-palästinensischen Bürger auf volle Gleichheit“ anerkennen und „das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194 respektieren, schützen und fördern“.

Zwar wird im deutschen Aufruf von BDS spezifiziert, dass Israel die „Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes“ beenden solle, im internationalen Aufruf der Kampagne und insbesondere in islamischen und arabischen Diskurs aber wird „alles arabische Land“ meist so verstanden, dass es auch das israelische Kernland einschließt. Damit wird Israel das Existenzrecht abgesprochen.

Die Durchsetzung des sogenannten → *Rückkehrrechts* der palästinensischen Flüchtlinge wiederum ist praktisch nicht umsetzbar, ohne Israel als jüdischen Staat abzuschaffen. Da sich der palästinensische Geflüchtetenstatus, was weltweit einzigartig ist, auf alle Folgegenerationen seit 1948 vererbt, solange die „Rückkehr“ aussteht, ist die Zahl der im israelischen Unabhängigkeitskrieg Geflüchteten von etwa 750.000 auf über fünfzehn Millionen Menschen angestiegen. Wenn Israel mit seinen rund sechs Millionen jüdischen Einwohner:innen alle diese



Menschen aufnahme, wäre es faktisch kein jüdischer Staat mehr. Vor dem Hintergrund der historischen Verfolgung von Jüdinnen und Juden und des weiterhin weltweit fortbestehenden Antisemitismus, insbesondere auch in den arabischen Nachbarländern Israels, ist es jedoch notwendig, dass ein jüdischer Souverän existiert – denn Jüdinnen und Juden konnten sich nie auf den Schutz nichtjüdischer staatlicher Obrigkeit verlassen bzw. wurden von dieser verfolgt.

Die Forderung, arabische Israelis sollten gleiche Rechte in Israel erhalten, impliziert, es gebe dort gesetzlich verankerte rassistische Diskriminierung – was nicht zutrifft (vgl. → *Apartheid*).

Über die zahlreichen Dämonisierungen Israels, die NS- und Apartheidvergleiche durch prominente BDS-Vertreter und die zentrale Beteiligung palästinensischer Terrororganisationen wie Hamas, PFLP oder Islamischer Dschihad an der BDS-Kampagne hinaus zielt die Kernforderung von BDS, die „Rückkehr“ der palästinensischen Flüchtlinge, auf das Ende des jüdischen Staates. Auch → *Handala*, eine bekannte palästinensische Comicfigur und unter anderem das Maskottchen von BDS, steht dafür.

Auf einer antiisraelischen Kundgebung mit bis zu 80 Teilnehmer:innen auf dem Münchner Marienplatz am 23. Mai 2021 spricht sich ein Redner für die Unterstützung von BDS aus. ▼

Ethnische Säuberung, Ethnic Cleansing, Genozid

Israel wird immer wieder vorgeworfen, „ethnische Säuberungen“ gegen die Palästinenser:innen vorzunehmen oder zu planen, sie also aus dem Staatsgebiet oder Teilen davon bzw. aus der Westbank vertreiben und dort Juden und Jüdinnen ansiedeln zu wollen. Gesteigert wird dieser Vorwurf, wenn Israel sogar ein „Genozid“ vorgeworfen wird, also ein Völkermord an den Palästinenser:innen.

Wie andere Vorwürfe (etwa → *Apartheid*, → *Kolonialismus*, → *Landraub* oder → *Vergleiche israelischer Politik mit der Schoah und dem Nationalsozialismus*), die an Israel gerichtet werden, basiert auch der Vorwurf der „ethnischen Säuberungen“ nicht auf Fakten, sondern er soll Israel als möglichst böse erscheinen lassen. Durch diese Dämonisierung scheint es so, als stünden diejenigen, die diese Vorwürfe erheben, auf der „richtigen“ Seite, schließlich sind die Taten, derer Israel fälschlicherweise bezichtigt wird, schrecklich und grausam.

Der Vorwurf der „ethnischen Säuberung“ ist zudem eine Projektion. Man wirft Israel das vor, was seine Feinde tun, tun wollen oder taten: In vielen arabischen und islamischen Staaten leben kaum noch Juden und Jüdinnen, etwa 700.000 von ihnen wurden nach der israelischen Staatsgründung vertrieben. Auch in den palästinensisch kontrollierten Teilen der Westbank oder dem Gazastreifen gibt es keine jüdische Bevölkerung mehr. 20,9 Prozent der Israelis aber waren im Jahr 2018 arabische Staatsbürger:innen unterschiedlicher Religion, die sich selbst auch häufig als Palästinenser:innen verstehen. Sie leben unter vollständiger formaler Gleichberechtigung in Israel (vgl. → *Apartheid*).

München, 20.5.21





Im dominanten palästinensischen Narrativ wird die israelische Staatsgründung von 1948 als „Nakba“ bezeichnet, als „Katastrophe“. Sie sei der Anfang der „ethnischen Säuberungen“ gewesen, die Israel bis heute vollziehe. Tatsächlich verließen im israelischen Unabhängigkeitskrieg etwa 750.000 Araber:innen das spätere Kernland Israels. Viele wurden vertrieben, viele flohen, und manche verließen das Land, um nach dem versprochenen Sieg der arabischen Armeen gegen "die Juden" zurückzukehren. Der Krieg war allerdings von den Nachbarn Israels begonnen worden, um den jungen jüdischen Staat gleich wieder zu zerstören. Der arabische Sieg blieb aus, und die heute über fünfzehn Millionen sogenannten palästinensischen Flüchtlinge (→ *Rückkehrrecht*) sind überwiegend die Nachfahren dieser 750.000 Menschen.

In Israel, im Westjordanland und im Gazastreifen wächst die palästinensische Bevölkerung seit 1948 stetig – von einem Genozid kann schon deshalb nicht gesprochen werden.

Aufgrund der besonderen politischen, historischen und rechtlichen Situation etwa in Stadtvierteln Jerusalems wie Sheikh Jarrah ist es unmöglich, darauf hier in einer Weise und in einem Umfang einzugehen, die dieser Komplexität gerecht werden. Fest steht jedoch: Begriffe wie „ethnische Säuberung“ oder gar „Genozid“ sind keine treffenden Beschreibungen für Auseinandersetzungen um Wohngebäude oder Stadtviertel. Vielmehr sollen sie Israel delegitimieren und dämonisieren, so zielen sie auf das Ende seiner Existenz als jüdischer Staat. In Sheikh Jarrah beispielsweise wurden die von palästinensischer Seite lautstark befürchteten Räumungen palästinensischer Familien bis Redaktionsschluss nicht vollzogen, vielmehr bot der oberste israelische Gerichtshof ihnen einen Status als „protected residents“ in den Häusern an, die jüdischen Siedlerorganisationen gehören und deren Bewohner:innen bislang nie Miete entrichtet haben. ▼

„From the river to the sea, Palestine will be free“

Am Nachmittag des 15. Mai 2021 versammelten sich bis zu 650 Teilnehmer:innen auf dem Münchner Königsplatz zu einer unangemeldeten Kundgebung, die in den sozialen Netzwerken als „Demonstration für Palästina“ beworben wurde. Im Laufe der Veranstaltung wurden mehrfach Parolen wie „From the river to the sea – Palestine will be free“ oder „ → *Intifada* bis zum Sieg“ skandiert.

Eine häufig zu hörende Parole auf antiisraelischen Demonstrationen ist „From the River to the Sea – Palestine will be free!“, auf Deutsch: „Vom Fluß bis zum Meer – Palästina wird frei sein!“ Gemeint sind der Fluss Jordan und das Mittelmeer – gefordert wird also ein Palästina, das sich über das gesamte Gebiet des heutigen Israel sowie der Westbank und des Gazastreifens erstreckt. Für einen jüdischen Staat bliebe da kein Platz, die Parole ist also als Wunsch nach dem Ende Israels zu verstehen. In der angeblichen Forderung nach „Freiheit“ steckt außerdem die Behauptung, das Land sei unter israelischer Kontrolle nicht frei und Israel ein illegitimes Besatzungsregime, das beseitigt werden müsse.

Auch eine Landkarte, die das Gebiet „from the river to the sea“ zeigt, ist in diesem Kontext häufig zu sehen. Meist ist das gesamte Territorium in den Farben der palästinensischen Flagge gehalten. Das heißt: „Ganz Palästina“ soll von „den Zionisten“ befreit werden, Israel soll aufhören zu existieren und durch einen palästinensischen Staat ersetzt werden. Denjenigen, die diese Parole rufen, geht es also nicht um eine Zwei-Staaten-Lösung, sondern um eine Kein-Staat-Israel-Lösung.

Israel, der jüdische Souverän und demokratische Staat, der alle seine Bürger:innen rechtlich gleichstellt, ist der Schutz der Juden und Jüdinnen vor dem Antisemitismus. Die Forderung nach dem Ende Israels bedeutet deshalb (mindestens), sie dem Antisemitismus, der auf ihre Vernichtung hinausläuft, ungeschützt ausgesetzt sehen zu wollen.

Das Schlagwort von der „Befreiung Palästinas“ findet sich sowohl im säkular-nationalistischen Kontext als auch bei religiös geprägten Kräften. Die Terrororganisationen Popular bzw. Democratic Front for the Liberation of Palestine (PFLP und DFLP) etwa tragen sie ebenso im Namen wie die PLO, die Palestinian Liberation Organisation. Und auch Ayatollah Ali Khamenei, der oberste geistliche Führer des iranischen Regimes, das regelmäßig die Vernichtung Israels ankündigt und danach trachtet, eine Atombombe zu bauen, schrieb etwa am 22. Mai 2020 auf Twitter: „The struggle to free #Palestine is #Jihad in the way of God.“ („Der Kampf für die Befreiung Palästinas ist der heilige Krieg nach Gottes Art“.)³⁰ Und: „The struggle’s aim is to liberate entire #Palestine – from river to sea.“ („Das Ziel des Kampfes ist die Befreiung ganz Palästinas – vom Fluss bis zum Mittelmeer.“)³¹ ▼

30 https://twitter.com/khamenei_ir/status/1263742339891298304

31 https://twitter.com/khamenei_ir/status/1263744109400993793



Handala

Der kleine Junge Handala, der stets nur von hinten zu sehen ist, ist eine bekannte Comicfigur in der arabischen Welt und wurde auf den von RIAS Bayern beobachteten antiisraelischen Demonstrationen immer wieder gezeigt. Handalas Kleidung ist zerschlissen und geflickt, auf seinem Kopf sprießen nur spärlich die Haare. Sein Schöpfer, Naji al-Ali, floh während des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948 im Alter von zehn Jahren mit seiner Familie nach Syrien und wurde später Cartoonist. Er bestand Zeit seines Lebens auf einer „Lösung“ des sogenannten Nahostkonflikts, die das gesamte Land zwischen Jordan und Mittelmeer (→ *From the river to the sea*) palästinensisch machen sollte. Für Israel gäbe es da keinen Platz, es dürfte in den Augen von al-Ali also nicht existieren.

Während al-Ali in seinen Cartoons auch arabische Politiker kritisiert – sie werden als Schnecken dargestellt, die nichts für die „palästinensische Sache“ täten –, gilt sein Hauptaugenmerk Israel und den USA. Israelische Soldaten werden stets in antisemitischer Weise gezeichnet, haben etwa große Nasen oder werden als „Spinne im Netz“ dargestellt. Handala ist meist passiver Beobachter, manchmal aber wird er auch aktiv, etwa um eine israelische Flagge anzuzünden.

München, 20.5.21



Auch in Bezug auf die Geschlechter bedienen die Comics antisemitische Motive: Einer traditionell gekleideten Frau, die als „Mutter Palästina“ das Land darstellt, wird von einem der arabischen Führer (einer Schnecke) ein kurzes, „unzüchtiges“ Kleidungsstück hingehalten, auf dem Davidsterne aufgedruckt sind. Das Motiv bedeutet also: Palästina wird von der arabischen Marionette im Dienst des Juden ‚judaisiert‘ und dazu verführt, Moral und Tradition aufzugeben. In einem anderen Cartoon ist eine spärlich bekleidete Erotiktänzerin zu sehen, die eine palästinensische Kuffiyah, ein traditionell von Männern getragenes Kopftuch in der arabischen Welt, um ihre Hüften gebunden hat. Auf ihrem Kopf balanciert sie ein Tablett mit dem abgetrennten Kopf eines palästinensischen Kämpfers. Ein lüstern dreinschauender Jude mit Hakennase sieht ihr dabei zu.

Dass Handala immer nur von hinten zu sehen ist, soll anzeigen, dass er der Welt den Rücken zuwendet, bis eine Rückkehr aller sogenannten Flüchtlinge (→ vgl. *Rückkehrrecht*) möglich ist. Zusätzlich verweist diese Darstellung auf eine an Gemeinschaft orientierte Grundidee, in der das individuelle Gesicht nicht relevant ist. Handala soll jeder Palästinenser sein können. Dieser Fokus auf Gemeinschaft wird dann auch – wie im erwähnten Beispiel der „Mutter Palästina“ – einem ‚verjudeten‘ und verwestlichten Individualismus entgegengesetzt. Die Figur ist nach einer bitter schmeckenden, resistenten und tief wurzelnden Pflanze benannt, die in der Gegend wächst, und versinnbildlicht so die ideologisch aufgeladene, vermeintlich natürliche Verbindung zwischen Land und Menschen. Sie verkörpert den palästinensischen → „Widerstand“ gegen Israel. Handala wird zehn Jahre alt bleiben, bis alle Palästinenser:innen „zurückkehren“ dürfen, deshalb wird er bisweilen mit einem großen Schlüssel dargestellt (→ *Schlüsselsymbolik*).

Handala wurde spätestens seit den 1980er Jahren von linken antiimperialistischen Gruppen auch in Deutschland als Symbol der Solidarität mit dem sogenannten palästinensischen Befreiungskampf verwendet. Die Figur ist zudem das Maskottchen der antisemitischen → BDS-Kampagne, die seit 2005 zum Boykott Israels aufruft und in deren Rahmen es immer wieder auch zu offen antisemitischen Aktivitäten kommt. Eine der drei Kernforderungen von BDS ist wiederum das sogenannte → *Recht auf Rückkehr*. Handala passt also als Maskottchen bestens zu einer Kampagne, die auf das Ende Israels als jüdischer Staat zielt und zu deren „Nationalkomitee“ unter anderem die Palestinian National and Islamic Forces gehören, in denen auch palästinensische Terrororganisationen wie die Hamas, der Palästinensische Islamische Dschihad und die PFLP vertreten sind. Nach außen tritt Handala meist gewaltfrei auf, obwohl er manchmal auch eine Schusswaffe oder eine Steinschleuder in den Händen hält. Handala ist ein Symbol für die Zerstörung Israels, und die Cartoons seines Schöpfers sind durchzogen von antisemitischen Stereotypen. ▼

Intifada

Das Wort „Intifada“ bezeichnet im Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts palästinensische Aufstände gegen Israel. Der Begriff kommt aus dem Arabischen und bedeutet so viel wie „sich erheben“, „loswerden“, „abschütteln“, womit die sogenannte israelische Besatzung gemeint ist.

Am Nachmittag des 15. Mai 2021 wurde auf einer unangemeldeten Kundgebung auf dem Münchner Königsplatz mehrfach die Parole „Intifada bis zum Sieg“ skandiert.

Auf einer Kundgebung auf der Münchner Theresienwiese am 22. Mai 2021 wurde auf Arabisch folgende Parole gerufen: „Al-Aqsa Tür ist aus Eisen, und diese kann nur ein Märtyrer öffnen. Du, Märtyrer, öffne die Tür, und wir kämpfen weiter. Aus al-Aqsa kam die Entscheidung. Intifada und Sieg.“ → *Al-Aqsa* ist der Name der Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg/al-Haram ash-Sharif.

Historisch wird zwischen der ersten Intifada (1987–1993) und der zweiten Intifada (2000–2005) unterschieden. Bei der zweiten Intifada verübten Palästinenser:innen zahlreiche Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung, über 700 israelische Zivilist:innen wurden getötet. Auch Palästinenser:innen wurden aufgrund vermeintlicher Kollaboration mit Israel ermordet. An der zweiten Intifada waren auch Sicherheitskräfte der in den 1990er Jahren im Rahmen der Friedensverträge von Oslo aufgebauten Palästinensischen Autonomiebehörde beteiligt. Es gab seither mehrere weitere Gewaltausbrüche gegen jüdische Israelis, die manchmal auch als Intifadas bezeichnet werden, etwa die „Messer-Intifada“ von 2015, bei der häufig arabische Jugendliche mit Messern Soldat:innen und Zivilist:innen angriffen, oder die „TikTok-Intifada“ vom Frühjahr 2021, bei der arabische Jugendliche Videos in den sozialen Netzwerken teilten, in denen zu sehen war, wie sie jüdische Jugendliche drangsalieren.

Der Begriff Intifada ist auch als Aufruf zur Gewalt und zur Zerstörung des israelischen Staates zu verstehen. Wenn etwa von einer „Intifada bis zum Sieg“ die Rede ist, bezieht sich das auf die „israelische Besatzung“. Im Nahen Osten ist damit jedoch selten der Rückzug des israelischen Militärs nur aus den umstrittenen Gebieten und die Anerkennung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels gemeint, sondern vielmehr die Zerstörung des jüdischen Staates an sich. ▼



München, 11.5.21

Karten „schrumpfendes Palästina“

Ein im antiisraelischen Kontext häufig anzutreffendes Motiv besteht aus vier (manchmal auch fünf) Landkarten, die illustrieren sollen, dass Palästina schrumpfe und Israel sich ausdehne. Auf den Karten ist das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu sehen. Diese Karten sind irreführend.³²

Die erste Karte ist mit „1946“ beschriftet und soll vermutlich privaten Landbesitz zeigen. Ein angebliches Palästina (hier in Grün) und jüdische Siedlungen (hier in Gelb) stehen sich gegenüber, wobei alles, was nicht in jüdischem Besitz war, einfach „Palästina“ genannt wird. Tatsächlich stand das Land zwischen Jordan und Mittelmeer (und darüber hinaus) bis 1947 mit einem Mandat des Völkerbundes unter britischer Kontrolle, die Landeigentumsverhältnisse waren kompliziert. Ein Großteil des Landes hatte keine Besitzer, sondern wurde von den Briten verwaltet. Einen eigenen Staat Palästina gab es weder damals, noch gibt es ihn heute. Vor dem britischen Mandat war das Land jahrhundertlang Teil des Osmanischen Reiches.

Die zweite Karte, hier beschriftet mit „UN-Teilungsplan 1947“, zeigt den Plan der Vereinten Nationen, wie nach dem Ende des Völkerbundmandats das Land zwischen Jordan und Mittelmeer in einen arabischen und einen jüdischen Staat aufgeteilt werden sollte. Hierbei wird allerdings durch die nur leicht andere Farbgebung lediglich sehr dezent darauf hingewiesen,

³² Zum Weiterlesen: <https://katapult-magazin.de/de/artikel/wie-eine-karte-die-geschichte-des-israel-palaestina-konfliktes-verfaelscht>

dass Jerusalem und Bethlehem unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten. Es wirkt auf der Karte so, als ob beide Städte einem zukünftigen Staat Palästina zugeschlagen worden wären. Zudem wurde dieser Plan zwar von der UN-Vollversammlung angenommen, aber nie umgesetzt: Die arabischen und einige andere Staaten lehnten ihn im November 1947 ab, weil sie keinen jüdischen Staat gleich welcher Größe und keine jüdische Souveränität akzeptierten.

Als Israel im Mai 1948 seine Unabhängigkeit erklärte, griffen die Nachbarländer Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten sowie der Irak den jüdischen Staat an, um ihn gleich wieder von der Landkarte zu tilgen. Dadurch wurde der Bürgerkrieg zu einem Krieg, in dem das angegriffene Israel seine Existenz verteidigte und größere Gebiete eroberte, als es im Teilungsplan vorgesehen war. So entstanden die vielzitierten Grenzen von 1967 vor dem Sechs-Tage-Krieg, die in der dritten Karte gezeigt werden sollen – es handelt sich dabei um die Waffenstillstandslinien von 1949. Allerdings wurde nach dem Krieg von 1948/49 die Westbank von Jordanien annektiert, Gaza stand unter ägyptischer Kontrolle. Beide sind hier grün gekennzeichnet, wie vorher „Palästina“ – das es nach wie vor nicht gab.

Zwischen der Karte „1967“ und der Karte „now“ fehlen einige Schritte: Im Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967, den Israel präventiv gegen die sich zum Vernichtungsangriff in Stellung bringenden syrischen, ägyptischen und jordanischen Armeen begann, eroberte die israelische Armee das Westjordanland, den Gazastreifen, den Sinai und die Golanhöhen. Israel annektierte 1981 den Golan, der Sinai wurde 1982 im Zuge des ersten israelischen Friedensvertrages mit einem arabischen Land an Ägypten zurückgegeben, Gaza stand bis 2005 unter israelischer Kontrolle. Dann zog sich Israel komplett aus dem Gazastreifen zurück, in der Folge übernahm die Hamas die Macht und errichtete eine islamistische Diktatur. Diese ist auf der vierten Karte mit der Farbe Grün als palästinensisch gekennzeichnet. Von der Westbank sind hier nur noch Teile grün eingefärbt, also palästinensisch, wobei die Verhältnisse wiederum komplizierter sind.

Im Zuge des Osloer Friedensprozesses wurde 1994 die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) gegründet, die sukzessive die Kontrolle über mehr Land erhalten sollte. Dieser Prozess hätte schließlich in einem Staat Palästina münden können. Es entstanden drei Gebiete (A, B und C), in denen sich Israel und die PA die zivile und die Sicherheitsverwaltung unterschiedlich aufteilen. Auf der vierten Karte sind nur die A-Gebiete der Westbank als „Palästina“ gekennzeichnet. Sie stehen bereits vollständig unter palästinensischer Kontrolle. Weitaus größere Gebiete werden aber ebenfalls von der PA kontrolliert, wenn auch nur in zivilen Angelegenheiten. Durch die Verträge von Oslo und mit israelischer Zustimmung gab es also erstmals in der Geschichte eine autonome palästinensische Einheit und palästinensisch verwaltetes Land, das zum Staat werden sollte.

Als im Jahr 2000 nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Camp David unter Führung der USA aber die zweite → *Intifada* begann, in der palästinensische Selbstmordattentäter:innen hunderte israelische Zivilist:innen töteten und an der sich auch Sicherheitskräfte der jungen Palästinensischen Autonomiebehörde beteiligten, kam der Friedensprozess von Oslo und damit die Übergabe von Land an die PA immer mehr zum Erliegen. In mehreren weiteren Verhandlungsrunden und -versuchen, etwa 2002/03, 2007/08, 2010, 2013 und 2014, wurde keine Einigung erzielt. Auch wenn die Lage kompliziert ist, liegt einer der wesentlichen Gründe dafür in der Ablehnung selbst sehr weitgehender Angebote Israels durch die palästinensische Führung. Der damalige israelische Premierminister Ehud Olmert beispielsweise hatte in Camp David für einen palästinensischen Staat mehr Fläche als Westbank und Gazastreifen zusammen, Ostjerusalem als Hauptstadt sowie eine symbolische Anerkennung des sogenannten → *Rückkehrrechts* angeboten. Doch der seinerzeitige palästinensische Präsident Jassir Arafat hielt an seinem Vorhaben der „Befreiung ganz Palästinas“ – also der Zerstörung Israels – fest.

Die auch geografisch komplexe Geschichte kann in vier Karten sicherlich nicht detailliert dargestellt werden. Die hier diskutierten Karten aber verzerren die Realität absichtlich, um den Eindruck erwecken zu können, Palästina schrumpfe und Israel dehne sich immer weiter aus. Israel sei daran schuld, also illegitim und ein → *kolonialer* Staat. ▼

Khaybar, Khaybar, ya yahud

Am Nachmittag des 13. Mai 2021 versammelten sich auf dem Nürnberger Jakobplatz bis zu 350 Menschen unter dem Motto „#SaveSheikhJarrah“. Zu Beginn der Versammlung wollten Kundgebungsteilnehmer:innen die arabische Parole „Khaybar, Khaybar, ya yahud, jaish Muhammad sayud“ („Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder!“) rufen. Während die Parole angestimmt wurde, schritten andere Personen ein und unterbanden die Sprechchöre.

Auf einer Versammlung in der Passauer Innenstadt am 22. Mai 2021 mit bis zu 100 Teilnehmer:innen wurde über die Lautsprecheranlage einmal die arabische Parole „Khaybar, Khaybar, ya yahud, Falestin raah Tauod“ („Juden, erinnert euch an Khaybar, Palästina kommt zurück!“) gerufen, die von den Teilnehmer:innen wiederholt wurde. Nach der ersten Durchgabe der Parole wurde der Redner am Mikrophon von einem anderen Teilnehmer angewiesen, diese nicht mehr zu rufen.

Khaybar war der islamischen Überlieferung nach eine von Juden besiedelte Oase auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, die im Jahr 628 von Mohammed und seiner Armee erobert wurde. Viele der Bewohner:innen wurden massakriert, viele Frauen und Kinder wurden versklavt. Die Überlebenden mussten als Schutzgeld die Hälfte dessen, was sie produzierten, an die Eroberer abgeben.

Israelbezogener Antisemitismus arbeitet oft mit Chiffren, da diese eine Abgrenzung vom „klassischen“ Antisemitismus ermöglichen: Es ist meist nicht von „den Juden“, sondern „den Israelis“ oder „den Zionisten“ die Rede, während die antisemitischen Denkmuster beibehalten werden. Bei „Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder!“ bzw. „Palästina kommt zurück“ ist die Identifizierung Israels mit ‚den Juden‘ offenkundig. Es handelt sich um eine offene Gewaltandrohung gegenüber Juden als Juden. Diese Eindeutigkeit ist bei deutschsprachigen Parolen meist nicht gegeben.

In den genannten Fällen in Nürnberg und Passau sind Kundgebungsteilnehmer:innen eingeschritten. Ihnen dürfte bewusst gewesen sein, dass derartige Äußerungen in Deutschland strafbar sein können, oder sie wollten dem allzu offenen Antisemitismus mit islamischem Bezug keinen Raum geben. RIAS Bayern hat einige weitere arabische Parolen dokumentiert, in denen → *Märtyrertum*, Islam und Militanz stärker im Vordergrund stehen als etwa bei deutschsprachigen Parolen. So wurden in Nürnberg die Parolen „Unser Blut, unser Leben wird für dich geopfert, → *al-Aqsa*“, „Nach al-Quds gehen wir, Märtyrer in Millionen“, „Du, al-Aqsa, wir sind mit dir bis zum Tod“ oder „Palästina bleibt arabisch“ gerufen. ▼

Kindermörder

Auf einer antiisraelischen Versammlung mit 600 Teilnehmer:innen auf dem Münchner Odeonsplatz am 11. Mai 2021 rief der Hauptredner, ein Münchner Imam, mehrfach „Kindermörder Netanyahu“.

Auf einer antiisraelischen Versammlung mit bis zu 350 Teilnehmer:innen auf dem Nürnberger Jakobsplatz am 13. Mai 2021 rief eine Teilnehmerin „Kindermörder Israel“, was von den übrigen Kundgebungsteilnehmer:innen wiederholt wurde. Eine andere Frau rief die Parole „Kindermörder Netanyahu“.

Auf einer Kundgebung mit bis zu 650 Teilnehmer:innen am 15. Mai 2021 auf dem Münchner Königsplatz wurden unter anderem die Parolen „Kindermörder Netanyahu“ und „Mädchenmörder Netanyahu“ gerufen.



Der Vorwurf, Israel oder israelische Politiker seien „Kindermörder“, ist zunächst einmal falsch. Das Ziel israelischer Militärschläge ist nicht das Töten von Kindern, auch wenn bei israelischen Militärschlägen unter Umständen Kinder sterben – etwa, wenn die Hamas Zivilist:innen als menschliche Schutzschilde für ihre militärischen Stellungen missbraucht.

Das Motiv des kindermordenden Israel geht zurück auf die mittelalterliche antisemitische Ritualmordlegende, nach der Juden Kinder ermorden, um deren Blut für rituelle Zwecke zu verwenden. Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ zeigt deutlich, wie antisemitische Stereotype auf Israel angewandt werden, das so zum „kollektiven Juden“ wird. Auch die Darstellung etwa von israelischen Politikern oder Soldaten als blutrünstige Bestien steht oft in dieser Tradition.

Auf einer Versammlung am 15. Mai 2021 in der Nürnberger Innenstadt zeigte eine Frau ein Schild, auf dem eine aus dem Zirkus bekannte „Messerwerfershow“ abgebildet ist. Auf der Zielscheibe ist eine verhüllte muslimische Frau fixiert, die von Messern durchbohrt ist. Neben ihr ist der Messerwerfer zu sehen, der sich vor dem applaudierenden Publikum verbeugt und mit einer israelischen Flagge als Armbinde gekennzeichnet ist. Ein Mann aus dem Publikum ist mit einer Kippa abgebildet. Überschieden ist die Zeichnung mit dem Satz „The horror show called Israel“. Hier wird Israel als frauenmordender „Horrorstaat“ dämonisiert, der zum Lustgewinn der jüdischen Bevölkerung Muslim:innen quält. Die Darstellung als Zirkusshow ähnelt einer rituellen Handlung, wie sie in der Ritualmordlegende prominent enthalten ist.

Die Ritualmordlegende führte beispielsweise kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen zu einem Pogrom, bei dem 42 Schoah-Überlebende ermordet wurden.

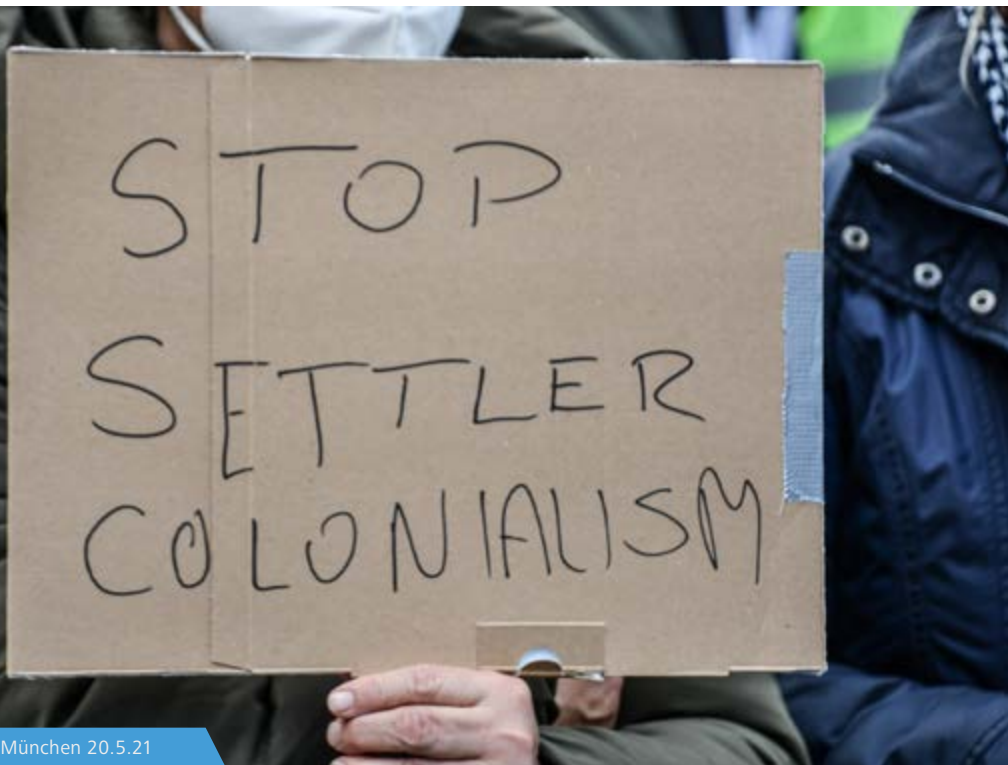
Bilder von getöteten Kindern lösen bei Menschen verständlicherweise empörte Reaktionen aus. Sie werden unter anderem von Terrororganisationen gezielt eingesetzt, um zu simplifizieren und zu emotionalisieren und so neue Mitglieder zu rekrutieren oder zumindest Zustimmung zu ihren terroristischen Handlungen zu erzeugen. Immer wieder werden aber auch Fotos von Kindern gezeigt, die das israelische Militär getötet haben soll, mit deren Tod Israel aber gar nichts zu tun hat, sondern die in ganz anderen Zusammenhängen bzw. in anderen Konflikten gestorben sind. ▼



Kolonialismus, Siedlerkolonialismus, Settler Colonialism

Israel werden nicht nur → *Apartheid*, → *Landraub* und → *ethnischen Säuberungen* zur Last gelegt, sondern immer wieder auch „Kolonialismus“ oder „Siedlerkolonialismus“. Auch dieser Vorwurf ist dadurch motiviert, Israel als möglichst böse darzustellen. All diese Bezeichnungen zielen nicht darauf, konkrete Handlungen des jüdischen Staates und seiner Armee zu kritisieren, sondern Israel per se als rassistisch und somit illegitim darzustellen.

Oft impliziert der Vorwurf des Kolonialismus, dass Israel als europäische Kolonie auf arabischem Boden entstand und auf Kosten der indigenen Bevölkerung, der Palästinenser:innen, errichtet worden sei. Das ist aber aus mehreren Gründen falsch. Zwar stand das Territorium, um das es heute geht, zwischen dem Ersten Weltkrieg und der israelischen Staatsgründung 1948 unter britischem Völkerbundsmandat. Aber die britische Mandatsmacht hat nicht einseitig auf die Errichtung eines jüdischen Staates hingearbeitet – im Gegenteil, das sogenannte White Paper von 1939 beispielsweise beschränkte die jüdische Einwanderung nach Palästina stark. Deshalb kämpften vor der Staatsgründung einige jüdische Milizen sowohl gegen arabische Kräfte als auch gegen die britische Mandatsmacht. Um Israel als koloniales Projekt bezeichnen zu können, fehlt schlicht das koloniale Mutterland – diese Rolle erfüllten die Briten in keiner Weise. Eine Kolonie ist ein auswärtiges abhängiges Gebiet ohne eigene politische und wirtschaftliche Macht. Auch dies trifft auf Israel nicht zu.





Im Zusammenhang mit den israelischen Siedlungen, die es heute nur noch im Westjordanland gibt, weil der Gazastreifen 2005 von Israel geräumt wurde, wird ebenfalls manchmal der Vorwurf des Kolonialismus, speziell des „Siedlerkolonialismus“ erhoben. Die Entscheidung, in Siedlungen im Westjordanland zu leben oder nicht, treffen Israelis aus persönlichen und sehr unterschiedlichen Motivationen. Für manche Menschen, die in den entsprechenden Gebieten jenseits der sogenannten Grünen Linie leben, die die Waffenstillstandslinien von 1949 markiert, ist es beispielsweise schlicht billiger und praktischer, dort zu leben, andere folgen damit einer religiösen Überzeugung. Diese nationalreligiösen Einstellungen entstanden erst ab den 1950er Jahren, und die entsprechenden Siedlerorganisationen liefern sich bis heute immer wieder auch heftige Auseinandersetzungen mit dem Staat.

Das Westjordanland ist einer der wesentlichen Verhandlungsgegenstände zwischen Israel und den Palästinenser:innen. Bislang allerdings hat die palästinensische Führung selbst die weitestgehenden israelischen Angebote ausgeschlagen. So bot im Jahr 2008 der damalige israelische Premierminister Ehud Olmert dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, für einen zukünftigen palästinensischen Staat sogar 20 Quadratkilometer *mehr* Land an, als die gesamte Fläche des Westjordanlandes und des Gazastreifens beträgt. Abbas lehnte dennoch ab. Dass es heute teilweise große israelische Siedlungen im Westjordanland gibt, ist keine Folge einer „kolonialen“ Politik des Staates Israel, sondern ergab sich insbesondere aus innen- und sicherheitspolitischen israelischen Gegebenheiten sowie aus der dominanten palästinensischen bzw. früher jordanischen Position der vergangenen rund 50 Jahre, die eine wirkliche Lösung nach dem Motto „Land für Frieden“ verhinderte. „Land für Frieden“ war nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 die israelische Doktrin, mit der versucht wurde, die eroberten Gebiete im Zuge von Friedensverträgen zurückzugeben. Ab 1980 gelang dies mit dem Sinai, eine Folge des Friedensschlusses zwischen Israel und Ägypten im Jahr zuvor. Im Übrigen lässt sich die Frage, warum im Westjordanland heute oder in einem zukünftigen palästinensischen Staat keine Jüdinnen und Juden leben sollten, nicht ohne antisemitische Motive beantworten.



München 11.5.21

Der Vorwurf des Kolonialismus gegenüber Israel ist, wie auch jener der → *Apartheid* und des Rassismus, nicht neu. Mit der Entstehung neuer sozialer Bewegungen wie → *Black Lives Matter*, die sich auch als „antikolonial“ verstehen, wurde er aber in jüngster Zeit prominenter. Das scheint auch eine Folge davon zu sein, dass solche Bewegungen insbesondere im angloamerikanischen Raum entstanden und dann mit Verzögerung in Deutschland angekommen sind. Während in Deutschland das Schlimmste, womit man Israel vergleichen kann, der Nationalsozialismus ist (vgl. → *Vergleich israelischer Politik mit der Shoah und dem Nationalsozialismus*), nehmen eine vergleichbare Stellung in der Geschichtsschreibung von Großbritannien und den USA häufig der Kolonialismus und der Rassismus ein. Beide Vorwürfe an Israel sind also auch als Entlastungsantisemitismus zu deuten. Es wird behauptet, die Juden und Jüdinnen, also die früheren Opfer, täten das Gleiche, was die eigenen Vorfahren getan haben. So wird der Kampf gegen den jüdischen Staat bei einigen auch zur Abwehr der eigenen Geschichte. ▼

Landraub

Auf einer antiisraelischen Kundgebung auf dem Würzburger Mainwiesen am 15. Mai 2021 sagte ein Redner, es hätten im Zuge der Auseinandersetzung um Wohnhäuser im Ostjerusalem Stadtviertel Sheikh Jarrah zunächst „friedliche Proteste gegen die Apartheidsjudikative“ (→ *Apartheid*) und den „legalen Landraub“ durch Israel stattgefunden.

Israel wird immer wieder pauschal des Landraubs beschuldigt (vgl. auch → *Karten schrumpfendes Palästina*). „Die Zionisten“, so der Vorwurf, hätten erstens grundsätzlich „den Palästinensern“ seit Beginn der jüdischen Immigration nach Palästina Land gestohlen, zweitens täten sie das bis heute, insbesondere in den Siedlungen.

Der zuerst genannte Vorwurf ist deshalb unzutreffend, weil zu Beginn der jüdischen Immigration nach Palästina Ende des 19. Jahrhunderts, als das Gebiet noch Teil des Osmanischen Reiches war, die Umstände, unter denen Land in jüdischen Besitz gelangte, so vielfältig waren wie die Eigentumsverhältnisse. Große Flächen wurden ihren meist arabischen Besitzern abgekauft, oder es wurde auf Land, das keine privaten Besitzer:innen hatte, neue jüdische Siedlungen errichtet.

Der Fall der heutigen Siedlungen ist komplex, da sich im Westjordanland osmanisches, britisches, jordanisches und israelisches Recht überlagern. Sogenannte Außenposten, in denen jüdische Siedlungen auf Land von Palästinenser:innen erbaut werden, erachten aber auch israelische Gerichte immer wieder als illegal. Die jüdischen Bewohner:innen des Außenpostens Amona beispielsweise wurden 2006 von einem großen Aufgebot israelischer Sicherheitskräften geräumt, die Wohnungen wurden abgerissen. Solche Auseinandersetzungen können lange andauern, und nationalreligiöse Kräfte in Israel betreiben häufig einen enormen Aufwand, um weitere Siedlungen im Westjordanland zu errichten und zu halten. Der israelische Staat selbst aber verfolgt keine Politik des Landraubs.

Auch der Vorwurf des „Landraubs“ soll Israel als jüdischen Staat per se delegitimieren. Die Implikation, dass Juden und Jüdinnen als „Fremde“ in das Land gekommen seien und es den „indigenen“ Palästinenser:innen gestohlen hätten, ist schlicht falsch. Das Wort „Palästinenser“ bezeichnet im Übrigen erst seit den 1960er Jahren ausschließlich die arabische Bevölkerung in diesem Gebiet, vorher wurden auch und vor allem die dort lebenden Juden und Jüdinnen so genannt, die an einigen Orten seit mehreren tausend Jahren gelebt hatten. ▼

Märtyrer

Als Märtyrer, zu Deutsch Zeuge oder Blutzeuge, werden Menschen bezeichnet, die um ihres Glaubensbekenntnisses willen leiden und dafür den Tod erdulden. In der christlichen Geschichte gab es Märtyrer zu verschiedenen Epochen und im Kontext unterschiedlicher Denominationen und Kontinente.

In der islamischen Welt hat der arabische Begriff Schahīd die gleiche Bedeutung. Der Begriff Schahāda, der das islamische Glaubensbekenntnis bezeichnet, entspringt derselben Begriffswurzel. Als Märtyrer gelten Muslim:innen, die im Krieg oder bei einem Überfall, bei der Verteidigung ihres Eigentums, ihres Lebens oder ihres Gewissens sterben oder beim Versuch, andere Muslim:innen oder unter muslimischem Schutz stehende Nichtmuslime zu verteidigen, sowie auch Muslim:innen, die an den Folgen des Kampfes, beim Gebären, durch Ertrinken, durch Verbrennungen, durch Unfälle, beim Erlernen einer Wissenschaft oder zu Unrecht beim Handel umkommen.

Auf einer Kundgebung auf der Münchner Theresienwiese am 22. Mai 2021 wurde auf Arabisch folgende Parole gerufen: „Al-Aqsa Tür ist aus Eisen, und diese kann nur ein Märtyrer öffnen. Du, Märtyrer, öffne die Tür, und wir kämpfen weiter. Aus al-Aqsa kam die Entscheidung. Intifada und Sieg.“ → *Al-Aqsa* bezeichnet die Al-Aqsa-Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg (vgl. → *Intifada*).

Auf einer Kundgebung auf dem Nürnberger Jakobsplatz am 13. Mai 2021 wurde auf Arabisch die Parole „Nach al-Quds gehen wir, Märtyrer in Millionen“ gerufen. Al-Quds ist der arabische Name Jerusalems.

Als Märtyrer werden im Krieg gegen Israel explizit auch (Selbstmord-)Attentäter:innen verstanden, die israelische Zivilist:innen ermorden. Sie werden als Held:innen verehrt. Die Palästinensische Autonomiebehörde gewährt Hinterbliebenen von Attentäter:innen, sogenannten Märtyrerfamilien, sogar lebenslange monatliche Zuwendungen. Die auf bayerischen Versammlungen dokumentierten Parolen, die „Märtyrern“ huldigen, zeugen mindestens von einer militanten Grundeinstellung – diese kann bis zum Gutheißen von Morden an Israelis reichen.

Am 20. Mai 2021 wurden auf einer Kundgebung in Regensburg auf Arabisch folgende Parolen skandiert, die das Märtyrertum und die Bereitschaft zum eigenen Tod für Palästina glorifizieren: „Unser Leben, unser Blut wird für dich geopfert, al-Aqsa“ (→ *Al-Aqsa*), „Hoch deine Stimme, sterben anstatt gedemütigt zu werden!“ sowie „Wir sterben, und Palästina lebt“.

Diese martialischen Inhalte zeugen von Militanz sowie von Gewalt- und Opferbereitschaft für die „nationale Sache“. Der Konflikt wird als Kampf auf Leben und Tod imaginiert, bei dem nur eine Partei gewinnen kann und der eigene Tod als Märtyrertum verklärt wird. Auch Selbstmordanschläge werden auf diese Weise legitimiert. ▼



Rückkehrrecht, Schlüsselsymbolik

Auf antiisraelischen Kundgebungen wird immer wieder ein Rückkehrrecht für die arabischen Flüchtlinge gefordert, die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges (1947–1949) das heutige Israel verließen oder vertrieben wurden. Das Symbol hierfür ist ein Schlüssel, der für den Zugang zu den Häusern der arabischen Flüchtlinge steht. Diese Schlüssel behielten die Geflüchteten in der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr.

Auf einer Demonstration am 9. Juni 2021 in München forderte ein Redner am Karlsplatz/Stachus „das Rückkehrrecht aller Palästinenser in der Diaspora“ und sagte: „Unsere Schlüsselbänder um unsere Hälse haben tiefe, tiefe Abdrücke hinterlassen.“

Auf einer Versammlung am 22. Mai 2021 auf der Münchner Theresienwiese hing an einer Fahne ein Schlüssel, das Symbol für das vermeintliche Rückkehrrecht der sogenannten palästinensischen Flüchtlinge.

München 22.5.21



Das umstrittene Rückkehrrecht der Palästinenser:innen ist weltweit einmalig. Als palästinensische Flüchtlinge gelten diejenigen Menschen, die beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNRWA) als solche registriert sind. Der Status als Flüchtling vererbt sich dabei in männlicher Linie bis heute. So wurden aus den etwa 750.000 Menschen, die Israel 1948 verließen, über fünfzehn Millionen sogenannte palästinensische Flüchtlinge, von denen die weitaus meisten das Land, für das ihr „Rückkehrrecht“ gefordert wird, noch nie gesehen haben.

Die UNRWA ist einzig für die vermeintlichen und tatsächlichen palästinensischen Flüchtlinge zuständig, alle anderen Geflüchteten weltweit fallen ins Ressort des UNHCR, des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen. Der UNHCR hat die Aufgabe, Geflüchteten eine Neuansiedlung in anderen Ländern zu ermöglichen, die UNRWA ist für das genaue Gegenteil da: die „Rückkehr“ in das heutige Israel. Das ist für sie die alleinige Option, eine Integration der Palästinenser:innen in jenen Ländern, in denen sie leben, wird nicht unterstützt. Der Flüchtlingsstatus vererbt sich bei den Palästinenser:innen als einziger Bevölkerungsgruppe von Generation zu Generation, solange die „Rückkehr“ nicht vollzogen ist. Das Rückkehrrecht ist dabei keineswegs völkerrechtlich verbrieft, auch nicht in der Resolution 194 der UN-Generalversammlung, die meist als vermeintliche Grundlage für dieses angebliche Recht genannt wird.³³ Ließe Israel sich auf die „Rückkehr“ von mehr als fünfzehn Millionen Palästinenser:innen ein, dann würde das den jüdischen Charakter des Staates zerstören. Israel wurde als Staat mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit aus der Erkenntnis gegründet, dass Jüdinnen und Juden als Minderheit in einem nichtjüdischen Staat sich nicht auf dessen Schutz verlassen können.

Die UNRWA steht seit geraumer Zeit in der Kritik, weil ein nicht geringer Teil ihres Personals von rund 30.000 Mitarbeiter:innen, vor allem im Bildungsbereich, auf der Seite der Hamas steht. Kritisiert werden zudem antisemitische Inhalte in den Schulbüchern, die in den über 700 Schulen der UNRWA verwendet werden. Einer der maßgeblichen Geldgeber des Hilfswerks ist Deutschland. ▼

33 Vgl. Alex Feuerherdt, Florian Markl: Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin (Hentrich & Hentrich) 2018, S. 102-105.

Vergleich israelischer Politik mit der Schoah und dem Nationalsozialismus

Antiisraelische Akteur:innen vergleichen immer wieder vermeintliche oder tatsächliche Handlungen des israelischen Staates mit dem Nationalsozialismus und der Schoah. Bereits 1972 schrieb das RAF-Mitglied Ulrike Meinhof in einer Schrift, die im Zuge des Münchner Olympiaanschlags auf israelische Sportler durch palästinensische Terroristen erschien, von „Israels Nazi-Faschismus“, bezichtigte Israel einer „Ausrottungspolitik“ (vgl. → „ethnische Säuberungen“, „Genozid“) und bezeichnete den damaligen israelischen Verteidigungsminister Mosche Dajan als „Himmler Israels“.

Im Zuge der antiisraelischen Proteste in Bayern 2021 wurden ähnlich gelagerte Aussagen dokumentiert:

Am Nachmittag des 14. Mai 2021 versammelten sich bis zu 300 Personen im Nürnberger Westpark zu einer antiisraelischen Kundgebung. Eine Teilnehmerin zeigte ein Schild, auf dem u. a. stand: „Wollt ihr wirklich die übertreffen, die euch niedergetreten haben [...] und aus den Palästinensern die neuen Juden machen?“ Auf weiteren Schildern waren die Aufschriften „Stop Doing what Hitler did to you“ und „One Holocaust doesn't justify another“ zu lesen.

Nürnberg, 14.5.21



Nürnberg, 14.5.21





Ein Jude an die zionistischen
Kämpfer (von Erich Fried):
„Was wollt ihr eigentlich?
Wollt ihr wirklich die übertreffen
die euch niedergetreten haben?
[...] und aus den Palästinensern
die neuen Juden machen?“

„Zionismus ist nicht mit
dem Judentum vereinbar.
Kritik gegen den
Zionismus ist NICHT
Antisemitismus!“
- Zitat orthodoxe Juden

Am 23. Mai 2021 verglich ein Redner auf einer Kundgebung mit bis zu 80 Teilnehmer:innen auf dem Münchner Marienplatz Israel wiederholt mit dem Nationalsozialismus und den Gazastreifen mit Konzentrationslagern. Er sagte unter anderem, er „denke und fühle, dass, wer heute pro Israel ist, der wäre im letzten Jahrhundert pro Drittes Reich gewesen“, wofür er Applaus bekam. „Und wer heute pro Zionismus ist, der wäre im letzten Jahrhundert pro Nationalsozialismus gewesen“, hieß es weiter. Die Israelis seien heute „die Wächter der Mauern [...] dieses KZs“ Gaza, und „die Opfer des Holocaust würden jedem eine Ohrfeige verpassen, der sagt, dass KZ-Wächter ein Recht auf Selbstverteidigung hätten“.

Auf einer Kundgebung am 29. Mai 2021 auf dem Münchner Odeonsplatz sagte ein Redner: „Genau wegen der Geschichte Deutschlands sollte Merkel sich schämen, Solidarität mit dem Staat Israel auszusprechen.“ Auf einem Schild war eine Zeichnung des Cartoonisten Carlos Latuff zu sehen. Darauf ist ein Wohngebiet mit einer Moschee und einer Menschengruppe hinter Stacheldraht abgebildet. Auf dem Eingangstor steht: „Gaza – Humanitarian Aid Verboten“. Vor dem Zaun sieht man eine Wachhütte, die mit einer israelischen Fahne beflaggt ist. Als Wachen sind zwei Soldaten in Wehrmachtsuniform zu sehen. Auf einer anderen Zeichnung war die Aufschrift „Gaza Ghetto“ an einer Häuserwand zu sehen.

Israel betreibt keinen zweiten Holocaust. Es verschleppt nicht alle Palästinenser:innen, derer es habhaft werden kann, in Vernichtungsfabriken, um die Welt vom „Palästinensertum“ zu erlösen, und plant dies auch nicht. Wer etwas anderes behauptet, versucht, die Schoah, die jüdische Erfahrung von Verfolgung und den Versuch totaler Vernichtung, gegen den jüdischen Staat in Stellung zu bringen. Der Nationalsozialismus und die Schoah werden hier instrumentalisiert, um Israel schlimmstmöglicher Verbrechen anzuklagen, die es nicht begangen hat und nicht begeht.

München 29.5.21

ISRAEL
IS AN
APARTHEID
STATE



Davon verspricht man sich Verständnis und Unterstützung für die eigene Situation – selbst wenn man der Angreifer ist. Dies ist eine für den Post-Schoah-Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr, mit der zudem der Nationalsozialismus und die Schoah relativiert und verharmlost werden. Wenn Israel als antisemitische Chiffre für „die Juden“ als Wiedergänger des Nationalsozialismus imaginiert wird, „darf“, ja, „muss“ man Israel und Israelis hassen. So lassen sich antisemitische Gefühle ausleben, ohne sich selbst eingestehen zu müssen, dies zu tun. Zudem sind antisemitische Ressentiments, die sich hinter vermeintlich harmloser ‚Israelkritik‘ verbergen, gesellschaftlich kaum verpönt, während etwa plumper Rassenantisemitismus nationalsozialistischer Prägung viel stärker sanktioniert wird.

Im Antisemitismus werden unerwünschte Anteile des Selbst – Gefühle, Wünsche, Ängste – auf ‚die Juden‘ projiziert. Das antisemitische Bild von ‚den Juden‘ sagt deshalb immer etwas über die Antisemit:innen selbst aus. Wenn also auf antiisraelischen Kundgebungen Israel als neues Nazideutschland imaginiert wird, spiegelt das nicht die tatsächliche Situation im Nahen Osten wider, sondern zeugt vielmehr vom Vernichtungswunsch derer, die so etwas behaupten. ▼



München 29.5.21

„We can't breathe since 1948“

– Bezüge zur Black-Lives-Matter-Bewegung

RIAS Bayern hat auf den antiisraelischen Kundgebungen 2021 mehrfach Bezüge zur Black-Lives-Matter-Bewegung festgestellt.

Auf einer Versammlung am 22. Mai 2021 in Ingolstadt wurde ein Schild mit der Aufschrift "We can't breathe since 1948" gezeigt. Damit wird die Gründung Israels mit dem Mord an dem Afroamerikaner George Floyd durch einen Polizisten gleichgesetzt und der jüdische Staat als rassistisch delegitimiert. Zudem verharmlost es den rassistischen Mord.

Zugleich hat RIAS Bayern auf einer Black-Lives-Matter-Versammlung am 25. Mai 2021 in München antisemitische Bezüge zu Israel festgestellt. So war auf Schildern, die schon in den Wochen zuvor auf explizit israelfeindlichen Demonstrationen gezeigt worden waren, Parolen wie „It is not Israel, it is Palestina“ [sic!] zu lesen. Überdies richte man sich „gegen Besatzung, → *Apartheid* und → *ethnische Säuberungen*“, für die Israel verantwortlich sei. Darüber hinaus wurden Karten gezeigt, die das gesamte Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer als palästinensisch auswiesen (→ *From the river to the sea*). So wird die Forderung ausgedrückt, Israel solle nicht existieren.

Wenn Israel als grundlegend rassistisch dargestellt wird, dann wird seine Existenz als jüdischer Staat delegitimiert, es wird zum Unrechtsstaat herabgewürdigt. Israel schützt Juden und Jüdinnen vor dem Antisemitismus. Wenn das Ende des jüdischen Staates gefordert wird, dann wird mindestens in Kauf genommen, dass die dort lebenden Juden und Jüdinnen der Vernichtung, auf die der Antisemitismus hinausläuft, ausgeliefert sind. ▼

München 20.5.21



München, 11.5.21



„Widerstand“

Als „Widerstand“ wird im antiisraelischen Kontext der Kampf gegen Israel verstanden. Der Begriff vereint sehr unterschiedliche Fraktionen des Antizionismus. Eine der bekanntesten dürfte die islamische und antisemitische Terrororganisation Hamas sein, die seit 2007 im Gazastreifen diktatorisch herrscht und immer wieder Raketen auf die israelische Zivilbevölkerung schießt. Sie trägt den Begriff schon im Namen: Hamas ist ein Akronym von „Ḥarakat al-muqāwama al-islāmiyya“, auf Deutsch „Islamische Widerstandsbewegung“. Gleichzeitig bedeutet das arabische Wort „Hamas“ Eifer oder Kampfgeist. Die Organisation ist der palästinensische Ableger der Muslimbruderschaft und will nicht nur erklärtermaßen Israel vernichten, sondern alle Juden und Jüdinnen. In ihrer Charta begründet sie ihre Position unter anderem mit den antisemitischen ‚Protokollen der Weisen von Zion‘. Diese sollten Anfang des 20. Jahrhunderts eine jüdische Weltverschwörung belegen, es ist aber schon seit langem bekannt, dass sie eine Fälschung sind. In Artikel 32 der Hamas-Charta heißt es: „Die Pläne der Zionisten sind in den ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ nachzulesen, und ihre derzeitigen Taten belegen bestens, was wir hier sagen.“³⁴

Auf dem Schild eines Teilnehmers einer Demonstration am 22. Mai 2021 in München stand auf Arabisch: „Eisen wird den Widerstand nicht brechen 250Ω“. Dabei war der arabische Buchstabe Aleph neben der Zahl 250 als Rakete gezeichnet. Das ist als Anspielung auf das neueste Modell der Hamas-Raketen, die Ayyash 250, zu verstehen. Sie ist nach dem Hamas-Terroristen Yahya Ayyash benannt, dem für seine technische Entwicklung von Bomben der Spitzname „der Ingenieur“ verliehen wurde.



Auch die schiitische Terrororganisation Hisbollah nennt sich gewissermaßen im Untertitel „Islamischer Widerstand im Libanon“. Deshalb werden beide Organisationen, insbesondere von Personen, die ihnen nahestehen, häufig kurz als „der Widerstand“ bezeichnet.

Der Begriff ist aber auch in weniger spezifischer Bedeutung geläufig für alle Aktivitäten, die sich gegen Israel richten, und soll diese als gerecht legitimieren. Beides findet sich sowohl international als auch in Bayern, der Ausdruck „Widerstand gegen die Besatzung“ ist eine Konstante im antiisraelischen Kontext.

Ähnlich wie „Widerstand“ werden auch Begriffe wie „Befreiung“ (→ „From the river to the sea“) oder „Verteidigung“ verwendet. Israel wird so als Aggressor und Unrechtsstaat dargestellt. ▼



▲ Auf einem Schild heißt es, die bewaffneten Palästinenser:innen verteidigten sich alle lediglich. Auch wenn keine palästinensische Armee existiert, gibt es doch uniformierte palästinensische Polizei in der Westbank sowie Uniformen der Terrororganisationen. Im Falle der Hamas tragen diese ihr Logo sowie die Fahne der Organisation, eine bestimmte Version der Shahada, des muslimischen Glaubensbekenntnisses, auf grünem Grund. Zudem wird auf dem Schild unterschlagen, dass es immer wieder Berichte gibt, denen zufolge die Terrororganisationen eben nicht, wie Kriegsrecht es vorschreibt, in Uniformen kämpfen. Die Terroristen tarnen sich vielmehr als Zivilisten und missbrauchen beispielsweise Krankenwagen zum Transport von Waffen und

Kämpfern. Dadurch verschwimmt die vorgesehene klare Grenze zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten. Das ist ein Grund dafür, dass die Zahlen der zivilen Opfer, die die „Behörden“ im Gazastreifen – also die Hamas – immer wieder veröffentlichen, mit großer Vorsicht zu genießen sind. Denn jeder getötete Zivilist kann wirklich ein Zivilist sein, es ist aber auch möglich, dass er eigentlich ein Kombattant war. Insbesondere will der Verfasser des Schildes nichts davon wissen, dass der willkürliche Beschuss ziviler Infrastruktur mit „Verteidigung“ nichts zu tun hat, oder er macht sich das Verständnis zu eigen, dass alle Israelis zionistische Kämpfer seien – eine Position, die auch die Hamas vertritt. Unter anderem damit legitimiert sie ihre Kriegsverbrechen.

Zionistisches Regime/Gebilde

In antiisraelischen Kreisen, insbesondere den arabisch geprägten, wird oft statt von Israel oder dem israelischen Staat vom „zionistischen Regime“ oder „zionistischen Gebilde“ gesprochen. Auch im Iran ist der Begriff eine Standardvokabel der herrschenden schiitischen Mullahs.

Am 14. Mai 2021 sagte ein Redner auf einer antiisraelischen Kundgebung in Nürnberg, Palästinenser lebten „seit der Gründung des zionistischen Regimes“ als friedliches Volk mitten im Krieg. Ein weiterer Redner unterstellte dem „diktatorischen zionistischen Regime“ Staatsterrorismus und forderte eine internationale Verurteilung der „Verbrechen gegen die Menschenrechte durch das zionistische Regime“.

Mit dem Begriff soll Israel als „illegitimes Gebilde“ gebrandmarkt werden, das kein „organischer“, „richtiger“ Staat und damit abzuschaffen sei. Für Antizionist:innen ist Israel im Ganzen eine illegale Besetzung des ‚eigentlichen‘ Staates Palästina. Der Begriff soll die Akzeptanz Israels als souveräner Staat in der internationalen Staatengemeinschaft schwächen.

Auf einer Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz am 23. Mai 2021 wurde ein Plakat gezeigt, das einen brennenden Davidstern auf einem an die israelische Fahne angelehnten Hintergrund zeigt. Darunter steht geschrieben: „Zionist Ragime [sic!] will not exist in the next 25 years“, gekennzeichnet als Zitat des iranischen Machthabers Ali Khamenei vom 9. September 2015. Wiederum darunter sieht man einen Mann mit einem traditionellen palästinensischen Kopftuch, der vor einem brennenden Autoreifen einen Stein wirft.

München 23.5.21



Regelmäßig wird Israel von Vertretern des iranischen Regimes als „zionistisches Regime“ bezeichnet. Seit der Islamischen Revolution 1979 nennt sich der Iran „Islamische Republik“ und ist tatsächlich ein Unrechtsstaat, der seine Bevölkerung unterdrückt, in der Region eine starke Militärpräsenz ausübt und als eines seiner Ziele die Vernichtung Israels ausgibt. Auf dem Palästinaplatz in Teheran steht seit 2015 eine Uhr, die bis zur vom iranischen Regime für das Jahr 2040 angekündigten Zerstörung Israels herunterzählt. Seit den 1990er Jahren arbeitet das iranische Regime zudem an einer Atombombe, die für diesen Zweck der Zerstörung des „kleinen Satans“ oder „Krebsgeschwürs“, wie Israel von Regimevertretern auch genannt wird, bestimmt ist. Die Bedrohung durch den Iran ist für Israel die größte militärische Gefahr. Terrororganisationen wie Hisbollah, Hamas und Palästinensischer Islamischer Dschihad werden aus Teheran unterstützt und teilweise gesteuert. Mit Milizen versucht Teheran immer wieder, sich an der israelischen Grenze in Syrien festzusetzen.

Insbesondere die iranischen Bemühungen, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, stellen für Israel eine existentielle Bedrohung dar. Es ist deshalb keine Option, ein antisemitisches Regime von Holocaustleugnern, das dem jüdischen Staat mit der Vernichtung droht, in den Besitz dieser Technologie kommen zu lassen. Der im Sommer 2015 mit dem Iran vereinbarte, mittlerweile ausgesetzte Atomdeal (JCPOA) aber, in dessen Folge auch eine Vielzahl von Sanktionen gegen das Regime aufgehoben wurden, trägt eher dazu bei, dem iranischen Regime die Bombe zu ermöglichen, als sie zu verhindern. Die Einschränkungen, die dem iranischen Regime durch das Abkommen auferlegt werden, sind zeitlich begrenzt. Und selbst wenn sich der Iran an alle Auflagen hielte – was er nicht tut –, dürfte er nach Ablauf dieser Zeit mit Billigung der internationalen Gemeinschaft Bombenrohstoffe in beliebiger Menge herstellen. ▼

Report Antisemitism!

Contact us if you are **affected** by **antisemitism** or are a **witness** to **antisemitic incidents**!

Our service is **confidential**, **anonymizing**, and we stand unequivocally **at the side of those affected**.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы **столкнулись с антисемитизмом** или являетесь **свидетелем антисемитских инцидентов**!

Наша работа **конфиденциальна**, **анонимна** и мы на **стороне потерпевших**.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von **Antisemitismus betroffen** oder **Zeuge** von **antisemitischen Vorfällen** sind!

Wir arbeiten **vertraulich**, **anonymisierend** und **parteilich**.



tel. 089 1 22 23 40 60
rias-bayern.de
info@rias-bayern.de

RIAS Bayern befindet sich in
der Trägerschaft des

VEREIN FÜR **AUFKLÄRUNG**
UND DEMOKRATIE E.V. 

gefördert vom



**Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales**

Die Veröffentlichungen stellen
keine Meinungsäußerung des
StMAS dar. Für inhaltliche
Aussagen trägt der Autor
bzw. tragen die Autoren die
Verantwortung.

RIAS Bayern

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauliche Annahme von Meldungen

antisemitischer Vorfälle

Unterstützung bei Anzeigenstellung

**Vermittlung von weitergehenden Unterstützungs-
angeboten** (juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenenberatung)

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation

der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen,

Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.rias-bayern.de oder die Telefonnummer 089 122 23 40 60 mitteilen.

 facebook.com/RIASBayern  instagram.com/rias_bayern

 twitter.com/Report_Antisem (Account des Bundesverbands)